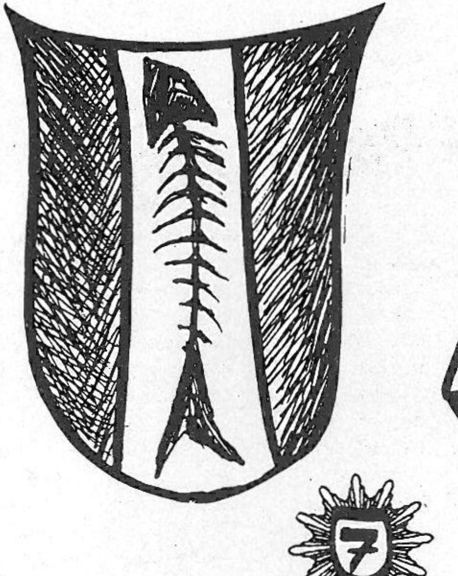


K-BUTT

VÄLZISCHE PFOLXZEITUNG

7

Frühjahr 94 **kost nix** Auflage 1500

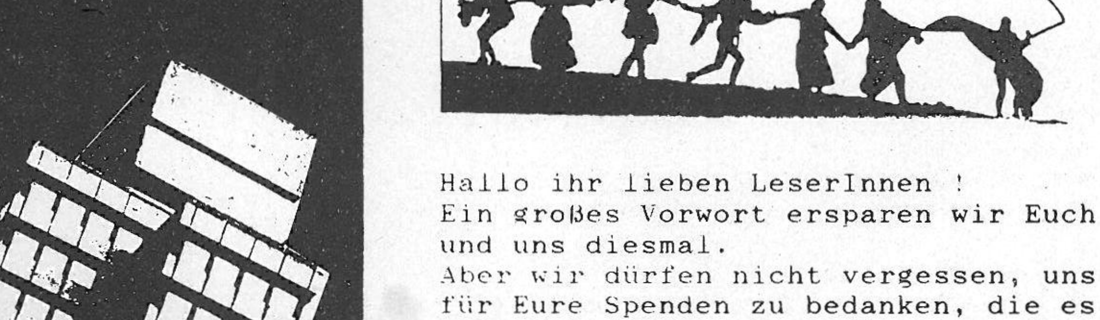




V.I.S.D.P:
K-Butt Redaktion
Ottostr. 8
67657 Kaiserslautern

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Hallo ihr lieben LeserInnen !
Ein großes Vorwort ersparen wir Euch und uns diesmal.
Aber wir dürfen nicht vergessen, uns für Eure Spenden zu bedanken, die es uns ermöglicht haben, diese 7. Ausgabe rauszubringen. (1000 Dank & weiter so) Leider sind wir aber immer noch nicht aus den roten Zahlen raus, dafür aber aus unserem "Domizil Ottostraße".
Hier unsere (hoffentlich nur) vorrübergehende Postadresse:

K-BUTT c/o ASTA DER FH
REFERAT ARBEIT UND TECHNIK
MORLAUTERERSTR. 39
67657 K'LAUTERN

Außerdem wollen wir nochmal auf die "ANTIFA-WOCHE" (vom 21.4. - 30.4.) hinweisen. Die genauen Infos findet Ihr auf der Rückseite.
Wir würden uns freuen, wenn wir viele K-BUTT LeserInnen auf den Veranstaltungen & der Demo treffen.



Nazim Hikmet

Welt, Freunde, Feinde, du und die Erde

Ich bin sehr glücklich, daß ich zur Welt kam.
Diese Erde lieb ich, ihren Atem, den Kampf und das Brot.
Ihr Maß ist mir bekannt, es fehlt kein Millimeter.
Dennoch fühl ich sie maßlos.
Reisen wollt ich durch sie,
Fische zu sehn, die mir fremd sind, Früchte und Sterne.
Durch Europa trug mich Bild nur und Buch, und nie hat ein Brief mich erreicht,
auf blauer Marke mir den Stempel Asiens bringend.
Ich und mein Nachbar, der Trödler,
sind in Amerika unbekannt.
Dennoch:
Von China bis Spanien, vom Kap der Guten Hoffnung bis Alaska,
auf jeder Meile des Meeres, auf jedem Fußbreit Erde
hab ich Freunde und Feinde.
Freunde,
denen ich nie die Hand gab,
aber wir alle bereit,
für gleiches Brot zu sterben,
für gleiche Freiheit,
für gleichen Traum.
Freunde, deren Blut in mir ist, und mein Blut in ihnen.
Ich bin nicht allein in der Welt, das macht mich stark.

"ABGEDREHTE WEIBER"

(und plötzlich ist nix mehr wie's mal war)

Du warst selbstbewußt
hast gemacht was du wolltest
hast die Klamotten angezogen die dir gefallen haben
Manche "abgedrehte Weiber" bewunderten dich heimlich
waren zum Teil neidisch

Du hast dich nie davon abhalten lassen wegzugehen
Partys, Konzerte, Kneipe...FreundInnen besuchen
auch wenn du nicht wußtest, wie du heimkommst
Konntest zur Not ja laufen oder trampen

Die "abgedrehten Weiber" gingen dir oft auf die Nerven
mit ihrer Besorgnis
und den Fragen ob du keine Angst hast...

Klar hast du auch schon von Frauen gehört,
die überfallen/vergewaltugt wurden
aber du warst dir sicher, daß DIR sowas nie passiert

Gestern Nacht wurdest du in die Riege
der "abgedrehten Frauen" aufgenommen

Wolltest nicht warten
bis jemand in deine Richtung fährt
Warst müde - woltest heim
Den Weg bist du schon 1000 Mal gelaufen
nie ist was passiert - WARUM JETZT ?

Alles ging so schnell
Schritte hören - Arme packen zu - du schreist
(niemand hört dich)
Schläge - der Versuch dich zu wehren endet
in einem Hauseingang

AUSGELIEFERT
Minuten werden zu Stunden, zu Jahren
ENDLICH VORBEI
Du kauerst noch in diesem Hauseingang - ALLEIN -
Endlich allein

Schmerzen ziehen sich durch deinen Körper
hinauf in deinen Kopf
DU DREHST AB

Und plötzlich ist nix mehr so, wie's mal war

Heute bewunderst du Frauen die selbstbewußt sind
die machen was sie wollen und die Klamotten anziehen,
die ihnen gefallen...(bist sogar ein bischen neidisch)
Und du bist besorgt
wenn Frauen alleine heimlaufen oder trampen wollen
und fragst: "HAST DU KEINE ANGST ?"

NIE WIEDER OPFER

Frauen und die Opferrolle

Es ist schwierig, einen Artikel über Opfer/Opferrolle und den Umgang damit als Betroffene zu schreiben. Opfer sein heißt erstmal ausgeliefert zu sein. Eine Situation erlebt/ertragen zu haben, in der es nicht möglich war, aktiv Widerstand zu leisten, in der es keine Möglichkeit gab, sich erfolgreich zu wehren.
Ich gehe in dem folgenden Text von einer Vergewaltigung aus, aber es gibt viele andere Beispiele, auf die die Aussagen zu "Opfern" vergleichbar sind (rassistische Angriffe).
Ist eine Frau vergewaltigt worden, verändert sich "ihre Welt" von einem auf den anderen Augenblick schlagartig. Sie ist zum Opfer gemacht worden (es wäre zynisch, von ihr zu verlangen, daß sie sich nicht als solches darstellen soll). War sie vor der Vergewaltigung noch selbstsicher, hatte ein gutes Gefühl zu sich selbst und hat ihr Leben für sich selbst bestimmt, wird plötzlich alles anders. Ab jetzt bestimmen Angst, Mißtrauen, Resignation und das Gefühl, nichts mehr wert zu sein, ihr Leben. Hass und Wut entwickeln sich erst allmählich. Es sind wenig Frauen, die den Mut und die Kraft haben, sich nach einer erlebten Vergewaltigung anderen Menschen anzuvertrauen, geschweige denn Anzeige zu erstatten. Oft dauert es Jahre, bis sie die Vergewaltigung für sich so weit verarbeitet haben, daß sie davon erzählen können.
Das hat aber auch damit zu tun, wie in dieser patriarchalen (von Männern bestimmten) Gesellschaft mit dem "Phänomen" Vergewaltigung umgegangen wird. Sexismus bestimmt den Alltag (siehe K-Butt Nr.6). Angefangen von der Werbung bis zu den frauenverachtenden Stammtisch sprüchen. Er (der Sexismus) ist so alltäglich, daß sich kaum eine/r darüber aufregt ("ist doch normal"). Wenn sich aber Frauen (und leider sehr wenige Männer) darüber aufregen oder andere nur darauf aufmerksam machen, werden sie ausgelacht oder beschimpft. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie keinen "Spaß" verstehen oder übertreiben. Gibt eine Frau zu erkennen, daß sie schon vergewaltigt wurde, und auch klarmacht, daß sie deshalb besonders "empfindlich" auf sowas reagiert, wird sowas vielleicht noch als Entschuldigung für ihr persönliches "abgedrehtes" Verhalten akzeptiert - eine Auseinandersetzung mit dem Thema findet trotzdem nicht statt. Vielleicht hat sie dadurch erreicht, daß in ihrem Beisein so Sprüche nicht mehr fallen, was allerdings passiert, wenn sie nicht dabei ist, kann sie nich wissen. Das Gefühl, daß hinter ihrem Rücken über sie hergezogen wird, ist da.

...
Die andere Situation für Frauen in diesem Alltag ist die, daß sie nach einem bestimmten Muster zu funktionieren haben (Rollenmuster). Sie müssen sich dieser Männerwelt anpassen und mitmachen wollen sie nicht als"Emanze" oder"Lesbe" dastehen (was ja auch für viele Frauen das "letzte" ist). Nach dem Willen der Männer müssen Frauen schön sein, ruhig und gefügig, am Besten nicht so intelligent, müssen gut arbeiten (fleißig sein), dürfen sich aber nicht über Benachteiligung und Ausbeutung beschweren. Und sie müssen ständig Beweise antreten, daß sie keine Feminisinnen sind - sonst haben sie es sich verscherzt in der Gunst ihrer Gönner.
Frauen wird häufig "Opferbereitschaft" als geschlechtsspezifische Eigenschaft zugeschrieben (selbst viele Frauen übernehmen diese, von Männern erfundene Theorie). Sind sie doch bereit, zugunsten der Karriere des Mannes ihr "Opfer"zu bringen, indem sie zu Hause bleiben und ihre eigenen Interessen zurück stellen. Sie "opfern" sich auf für das Wohlergehen der Familie, für den Chef/Betrieb ...
Bei all der "Opferbereitschaft" liegt wohl für Männer die Vermutung nahe, Frauen seien die "geborenen Opfer". Scheinbar ist das auch die Erklärung dafür, daß einige Männer behaupten, Frauen warten nur darauf, von einem Typ vergewaltigt zu werden. So schrieb Daniel Matisek (Hrsg. T 5), in einer Kolumne der "Pavillon", "Hart an der Grenze" vor einiger Zeit [Zitat]:
"... Je stärker solche Tanten aber "sexistische" männliche Gedanken als "frauen verachtend" oder chauvinistisch verteufeln, die sie selbst auf ganz natürliche Weise ausgelöst haben (sei es durch Kleidung -sei es durch laszives Auftreten), desto eher erwecken sie den Anschein, sie hätten es sehr, sehr nötig, durch einen wahren männlich-agressiven Prototypen einmal ganz gehörig ihrer biologischen Bestimmung zugeführt zu werden."
In der Umkehrung heißt das für viele Frauen, für die so Sprüche zur "Normalität" zählen, daß sie nach einer Vergewaltigung die Schuld erst einmal bei sich selbst suchen (s. K-Butt Nr.6)
So kommt es auch nicht selten vor, daß Frauen zwar einerseits bemitleidet werden und die "Tat" als ganz schlimm beurteilt wird, andererseits wird ihr aber gleichzeitig vorgehalten, daß "das" ja hätte nicht passieren müssen - hätte sie sich angepaßt verhalten (anders angezogen, nicht alleine weggegangen, am Besten zu Hause geblieben, nicht geschminkt ....).

Leitfaden für angstbesetzte Situationen

- Laufe laut und platzeinnehmend
- Denke daran, daß eine aufrechte Haltung Stärke ausstrahlt
- Nimm, wenn du allein bist (U-Bahn, Busstation), Kontakt zu anderen Frauen auf. Überwinde ruhig deine Hemmungen.
- Übe deine Fähigkeit, dich verbal zu wehren. Sprich z.B. Männer, die dich anmachen, direkt an, anstatt dich zubemühen, "es" zu ignorieren.
- Habe keine Scheu, daß du Männern Unrecht tust oder sie verletzt, wenn du abweisend oder aggressiv reagierst. In fast allen Fällen liegst du mit deinem unangenehmen Gefühl richtig.
- Reflektiere, wie weit deine Angst berechtigt ist. (Hast du dir schon mal Gedanken gemacht, von wem und weshalb du diese Angst eingeredet bekommen hast?) Die Gefahr einer Vergewaltigung ist, z.B. in einem Parkhaus größer als auf freiem Feld.
- Überlege dir im Voraus, was du als Waffe einsetzen kannst (z.B. Schlüssel, Handtasche, Schirm).
- eine simple Waffe: Fülle eine Plastikzitrone mit Tabasco.
- Schrei im Notfall eher "Feuer" als "Hilfe".
- Realisiere, daß du stark und machtvoll bist und gehe mit diesem Bewußtsein auf die Straße
- Sprich mit FreundInnen über deine Ängste und entwickelt gemeinsam Strategien, wie ihr euch in angstbesetzten Situationen sicherer fühlen könnt.

Wir selbst merken, daß wir den Leitfaden in manchen Situationen nicht verinnerlicht haben. Aber immer, wenn wir stark und selbstbewußt reagieren, fühlen wir uns sicherer. Probiert es aus!



Frankfurter Frauenzentrum 1974 gegen Hexenprozeß in Itzehoe.

Vergewaltigt-was tun?

An dieser Stelle sind nur kurz die Punkte angeschnitten, die nach einer Vergewaltigung wichtig sind. Für alle weiteren Fragen stehen Dir die Notruffrauen in Deiner Stadt zur Verfügung.

- Am besten Du sprichst erst einmal mit einer Freundin oder einer anderen Dir vertrauten Person.
- Auch wenn es Dir unangenehm ist, wasch Dich nicht und wechsle auch Deine Kleider nicht, bevor Du nicht bei einer Ärztin/einem Arzt warst.
- Wirf zerrissene oder verschmutzte Kleidung und andere Beweismittel nicht weg.

Ärztliche Untersuchung :

- Geh innerhalb von 24 Stunden zur (gynäkologischen) Untersuchung, unabhängig davon, ob Du evtl. Anzeige erstatten willst oder nicht, und laß Dir sämtliche Verletzungen attestieren. Laß Dich auf evtl. Geschlechtskrankheiten bzw. Schwangerschaft untersuchen.
- Frage evtl. nach der "Pille danach". Falls Du schwanger geworden sein solltest, besteht grundsätzlich die Möglichkeit zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch.
- Laß Dich von einer Dir vertrauten Person zur Untersuchung begleiten.

Anzeige - Ja oder Nein ?

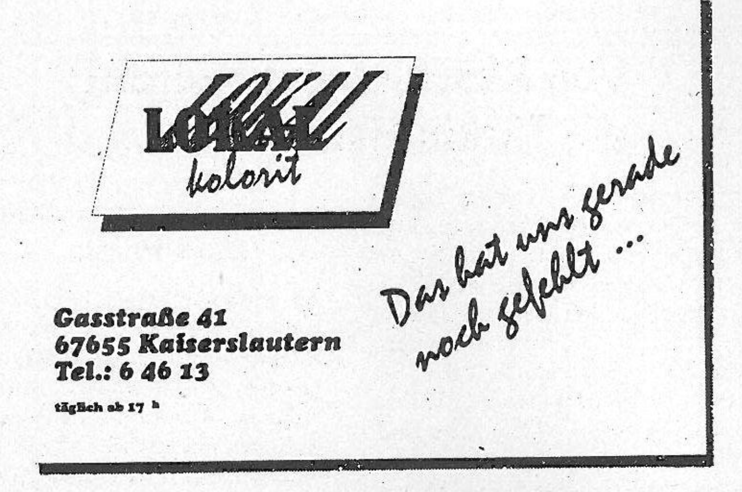
Die Entscheidung für eine Anzeige hat weitreichende Konsequenzen. In aller Regel sind die damit verbundenen →

So vergräbt sie sich mit ihrem Schmerz in sich selbst, leidet still und heimlich vor sich hin, spielt mit dem Gedanken, sich umzubringen und die Menschen um sie rum verstehen nicht, was mit ihr los ist, warum sie so oft abdreht oder heult, und meiden sie schließlich: "Weil man mit der ja eh' nix mehr anfangen kann."

Nachts diese Alpträume. Ständiges Wiederholen der Situation, das miese Grinsen von diesem Schwein. In den Träumen wechselt das Gesicht des Täters. Da nimmt der Vergewaltiger bekannte Gesichter an: Freunde, Verwandte, Nachbarn, Lehrer, der Kioskbesitzer,... Wenn sie wach wird, schämt sie sich dafür. Oft passiert es, daß sie, wenn ihr jemand "zu nahe" kommt, ausflippt und um sich schlägt und dann wieder stundenlang heulen muß. Sie ißt fast nichts mehr - kein Appetit; kann sich auf nichts mehr konzentrieren. Wenn sie weggeht, hat sie ständig Angst - jeder Typ könnte ein Vergewaltiger sein. Angst, daß sich die Situation wiederholen könnte; Zweifel, ob sie jemals wieder eine "normale" Liebesbeziehung (zu einem Mann) haben kann.....

Die Frau steckt immer mehr im Schlamassel. Sie will ja den anderen nicht auf die Nerven gehen - will sie nicht mit "ihrem Problem" belasten.

So oder so ähnlich geht es vielen Frauen die eine Vergewaltigung erlebt haben. ABER JETZT LANGT'S ! NIE WIEDER OPFER ! Sicher, es wird jede Frau mit dem Erlebten anders umgehen. Der Schritt als Opfer weg von der (passiven) Opferrolle wird von außen oft noch zusätzlich erschwert. Auch in den Medien werden vergewaltigte Frauen lediglich als Objekt dargestellt. Opfer als Ware. Das einzige was mit solchen Artikeln erreicht wird, ist Mitleid und Betroffenheit. Ähnlich wie in der Berichterstattung zu rassistischen Angriffen geht es in solchen Beiträgen nicht darum, offensiv mit Geschehenem umzugehen. Lichterketten und Betroffenheitserklärungen mögen zwar (zum Teil) gut gemeint sein, helfen aber den Betroffenen nicht weiter.
Solidarität heißt halt auch, SELBST aktiv zu werden, zu handeln, die Täter beim Namen zu nennen und ihnen zeigen, daß sie auf Widerstand stoßen (und nicht nur auf Lichterketten und so Sprüch wie " Du, daß find' ich aber gar nicht gut von dir"). Oft ist es dann ja auch noch so, daß von tausend Seiten beleuchtet wird, warum einer so was macht. Die Täter werden als die "eigentlichen" Opfer hingestellt und so passierts, daß ihnen noch mit Verständnis entgegengetreten wird. Wie es den tatsächlichen Opfern geht, spielt dann gar keine große Rolle.





DER WEG RAUS
PERSPEKTIVEN AUS DEM DILEMMA

- KEINE Frau ist in irgendeiner Weise selbst Schuld, wenn sie vergewaltigt wird.
- Für (einen) Vergewaltiger gibt es KEINE Entschuldigung.
- NEIN HEISST NEIN !

Du bist nicht alleine. Es gibt tausende Frauen, denen es genauso geht (gegeangen ist) wie dir und die sich genauso fühlen (fühlten) wie du. BRECH AUS DEINER ISOLATION AUS - such Kontakt zu anderen Frauen (-gruppen). Auch wenn es dir schwerfällt darüber zu reden, kann es eine Befreiung sein, sich anderen (Frauen) anzuvertrauen. Denk daran, daß du, falls du den/die Täter gekannt hast oder beschreiben kannst, andere Frauen davor schützen kannst, daß ihnen das gleiche passiert wie dir, indem du deine Vergewaltigung öffentlich machst und dieses Schwein benennst (das kannst du zur Not ja auch anonym machen). Du kannst dann auch mit anderen (Frauen) überlegen, ob ihr gegen diesen Typ etwas unternehmt (die Wahl der Mittel bestimmt ihr). Falls du eine Anzeige erstatten willst, mach dir vorher bewußt, was für ein Psychoterror das werden kann. Auch da ist es hilfreich, wenn du deine Erfahrungen mit Polizei und Justiz anderen mitteilst bzw. wenn andere, die ähnliches erlebt haben, dir von ihren Erfahrungen erzählen.
Wenn du weggehst, scheu dich nicht davor, von anderen zu fordern, daß sie dich nach Hause fahren bzw. begleiten. Wenn es dir dreckig geht, ruf FreundInnen an, egal, wie spät es ist - Freunde sind dazu da, daß sie dir helfen, wenn du sie brauchst.
Misch dich ein, wenn du mitkriegst, daß eine Frau angemacht/belästigt wird.
Überleg, ob du dich bewaffnen willst, oder einen Selbstverteidigungskurs besuchen willst - frag Freundinnen, ob sie mitmachen wollen....etc.
Du wirst merken, daß du wieder Selbstvertrauen gewinnst, wenn du erst aus deiner "Opferrolle" ausbrichst und die Möglichkeiten wahrnimmst, aktiv gegen Vergewaltiger und die Ursachen von Vergewaltigung anzugehen.
Wähle aber den Zeitpunkt dafür selbst und laß dich nicht von Menschen unter Druck setzen/bestimmen, die dir sagen wollen, was du zu machen hast und was nicht. Nur DU SELBST weist, was du dir zutrauen kannst und was zu welchem Zeitpunkt das Richtige für dich ist.

Auf jeden Fall ist es einfacher, über Vergewaltigung und dem, wie damit umzugehen ist, zu reden, wenn es keinen konkreten Anlaß dazu gibt. Leider sehen die meisten Menschen in "Zeiten der Ruhe" keinen Grund dazu, solange nichts passiert ist.
Macht euch aber bewußt, daß "sowas" immer und überall passieren kann. Und dann ist es besser, schon mal ein Gefühl dafür zu haben, was mensch in einer konkreten Situation tun kann. Redet mit euren FreundInnen darüber, wie sie alltäglichen Sexismus wahrnehmen. Macht euch bewußt, was eine Vergewaltigung für eine Frau bedeutet/bedeuten kann. Guckt, daß eine Frau nicht alleine heimlaufen muß (es sei denn, sie will das). Denkt als Männer z.B. daran, daß ihr für Frauen bedrohlich wirken könnt. Eine Möglichkeit, Frauen die Angst zu nehmen, ist es, beispielsweise, die Straßenseite zu wechseln, wenn eine Frau sich alleine dort bewegt.
Verhaltet euch solidarisch, indem ihr Mackern eure Meinung zu ihrem Verhalten sagt. Zeigt, auf welcher Seite ihr steht.
Wenn eine Frau vergewaltigt wurde, zeigt ihr, daß ihr für sie da seid (egal, wie spät es ist). Sucht gemeinsam nach Möglichkeiten, offensiv damit umzugehen, aber klärt das mit der betroffenen Frau ab. Macht nichts über ihren Kopf hinweg.

Eure Tante Milli

Belastungen groß. Bei der Polizei und vor Gericht muß der Tathergang detailliert geschildert werden. Da Du nur als Zeugin auftrittst, kann es passieren, daß deine Glaubwürdigkeit erheblich in Frage gestellt wird. Der Schritt zur Anzeige sollte also sorgfältig überlegt sein, da Du die Strafanzeige wegen Vergewaltigung nicht mehr rückgängig machen kannst. Die Entscheidung für oder gegen eine Anzeige kannst nur Du für Dich alleine treffen. Helfen können Dir die Frauen vom Notruf, die Dir auch weitere Infos über Anzeige und Gericht, RechtsanwältInnen und Selbsthilfegruppen geben können.

Wenn Anzeige - Polizei!

- Geh am besten direkt zur Kriminalpolizei, Dezernat für Sittlichkeitsdelikte.
- Neben der Strafanzeige wegen Vergewaltigung kannst Du auch einen Strafantrag wegen Körperverletzung und Beleidigung stellen. Dies ist Voraussetzung für eine Nebenklage. Sie gibt Dir die Möglichkeit, am Prozess aktiv mit einer Anwältin teilzunehmen.
- Wenn Du, warum auch immer, zunächst keinen Strafantrag stellst, kannst du das innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntwerden des Täters noch nachholen.
- Deine Aussagen werden in einem schriftlichen Protokoll festgehalten.
- Du kannst nach einer Beamtin verlangen. Sollte aber keine Frau im Dienst sein, wirst Du von einem Mann vernommen.
- Versuch durchzusetzen, daß Deine Freundin etc. anwesend sein darf. Das ist zwar unwarscheinlich, aber vielleicht gelingt es Dir ja.
- Du hast das Recht, die Protokollaufnahme jederzeit zu unterbrechen.
- Deine Glaubwürdigkeit darf nicht angezweifelt werden und diskriminierende Fragen brauchst Du nicht zu beantworten. Solltest Du trotzdem schlecht behandelt werden, kannst du eine Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen. Dazu brauchst Du das Geschäftszeichen, die Dienstnummer und den Namen der/des Beamtin/en.
- Lies Dir das fertige Protokoll genau durch. Unterschreib es nur, wenn es Wort für Wort richtig ist.
- Laß Dir die Tagebuchnummer geben: das erleichtert Deiner Anwältin/Deinem Anwalt sich einzuschalten.
- Solltest Du bei der Protokollaufnahme unter Schock-, Drogen- oder Alkoholeinfluß gestanden haben, dürfen Deine Aussagen nicht verwendet werden. Laß Dir von einer Ärztin einem Arzt Deinen Zustand bescheinigen.

Wichtig:
Schreib zuhause ein Gedächtnisprotokoll über Deine Aussagen bei der Polizei. Das Polizeiprotokoll bekommst Du nicht. Nachdem Du bei der Polizei warst, solltest Du Dich mit einer Anwältin/einem Anwalt in Verbindung setzen.

Was Frau noch tun kann:
Mach die Tat öffentlich. Schließe Dich mit möglichst vieler Frauen zusammen. Ihr könnt z.B. Leserinnenbriefe schreiben. Macht in der umgebung des Tatorts darauf aufmerksam (sprühen, Zettel). Kennst Du den Vergewaltiger und er wagt es immer noch, in Deine Kneipe zu gehen, setz alles daran, ihn aus Deinem Umfeld zu vertreiben. Laßt Euch auf keine Diskussionen mit ihm ein.
Wichtig ist, daß Du Deine Wut los wirst, um Dich nicht ohnmächtig zu fühlen. Je mehr Öffentlichkeit, desto besser, damit die Gewalt gegen Frauen nicht länger verschwiegen, sondern laut wird. Auf Konfrontation folgt Auseinandersetzung.

Die Tips "Nach einer Vergewaltigung" und der Leitfaden für angstbesetzte Situationen sind aus dem Lesbenfrauenkalender 94. Dazu muß leider nochmal gesagt werden, daß es in dieser Stadt keinen Notruf für vergewaltigte Frauen gibt.



Von Abschiebung bedroht: die Türkin Halime

Glück wünschen ihr alle an diesem Tag, der im Leben einer Frau der schönste ist. So jedenfalls sehen es die Leute in ihrem Dorf. Und war ihr das Glück nicht tatsächlich in den Schoß gefallen? Mit so einem Ehemann, der schon mehr als 15 Jahre in Deutschland lebt und dort eine gutbezahlte Arbeit hat. Doch nach den Flitterwochen muß sich die junge Frau erst mal in Geduld üben: Nach zwei Jahren reist sie im März 1989 zu ihrem Ehemann nach Deutschland. Zur „Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft" erhält Halime, wie es das Ausländergesetz bestimmt, lediglich eine an diesen Zweck gebundene, dazu bis März 1992 befristete Aufenhaltserlaubnis.

Wie sollte sie damals wissen, welche unheilvollen Folgen das für sie haben würde? Was hätte ihr dieses Wissen genutzt?

Halime ist schwanger und freut sich auf ihr Kind. Im Februar 1990 bringt sie einen Jungen zur Welt. Ihr Glück könnte vollkommen sein. Doch ihr Mann wird schnell wütend, wenn ihm etwas nicht paßt. Und dann schlägt er sie, immer häufiger, brutaler. Seine Eltern, die mit dem jungen Paar eine Wohnung teilen, halten zu ihm, geben der Schwiegertochter die Schuld. Oft prügelt er so sehr auf sie ein, das sie tagelang unter starken Schmerzen leidet. Bis zu dem Tag, als er sie krankenhausreif schlägt. Endlich hat sie den Mut, sich gegen ihn zu wenden: Nach der stationären Behandlung kehrt sie nicht in die eheliche Wohnung zurück, sondern flüchtet sich ins Frauenhaus.

Trotz ihrer schrecklichen Erfahrungen versucht Halime mit Unterstützung der Frauenhaus-Mitarbeiterinnnen, doch noch ein verträgliches Zusammenleben mit ihrem Mann zustandezubringen. Sie glaubt noch daran, daß er seine Mißhandlungen lassen würde, wenn sie erst mal alleine leben, in einer anderen Stadt, weit weg von seinen Eltern. Eine Illusion, wie sich schnell herausstellt. Er will ihre Bedingungen unter keinen Umständen akzeptieren.

Die Ehe ist gescheitert

Halime lebt mit ihrem Sohn weiter getrennt von ihrem Mann. Der hat inzwischen mit einer anderen Frau ein Kind.

In Koblenz, wo sie ihre traumatischen Erfahrungen allmählich verarbeiten kann, hat sie für sich und den Jungen eine kleine Wohnung gefunden und verläßliche Freundinnen. Sie spricht inzwischen so gut Deutsch, daß sie im Info- und Beratungsladen des Frauenhauses dolmetschen kann, wenn türkische Frauen Hilfe brauchen. Die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses wollen sie gern einstellen, aber das scheitert an Halimes fehlender eigenständiger Aufenthaltserlaubnis. Die hat sie bei der Koblenzer Ausländerbehörde beantragt. Sie will unbedingt in Deutschland bleiben. Wo soll sie auch hin? In ihr türkisches Dorf zurück? Mit dem Schandmal einer ihrem Mann davongelaufenen, nun alleinlebenden Frau? Die strenggläubigen Dorfbewohner würden sie als entehrt ansehen. In den Augen der Männer wäre sie Freiwild und sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Auch die Flucht aus dem Dorf in die Stadt wäre keine Alternative, weil auch dort alleinlebende Frauen, das heißt ohne männliche Verwandte, mißachtet werden. Mit den entsprechenden Folgen.



Zu früh vom mißhandelnden Mann getrennt

Die Ausländerbehörde hat in einer Verfügung im Oktober 1993 den Antrag von Halime abgelehnt. Die Türkin wird verpflichtet, „das Bundesgebiet unverzüglich zu verlassen". Anderenfalls werde sie „auf eigene Kosten abgeschoben". Die fünfseitige Begründung eines Herrn Schäfer von der Koblenzer Behörde ist in einem frauenfeindlichen Duktus geschrieben. Es ist mehr als zynisch, wenn er Halime vorhält, „trotz hinreichender Zeit zwecks Aussöhnung wurde die Lebensgemeinschaft bisher nicht aufgenommen". Er beruft sich ohne jeden Funken von Menschlichkeit auf die Buchstaben des Ausländergesetzes. Dort ist in dem unsäglichen § 19 festgelegt, daß eine Ausländerin/ein Ausländer (meistens sind ja Frauen betroffen!), wenn die Ehe scheitert, auch in Härtefällen kein eigenständiges, eheunabhängiges Aufenthaltsrecht erhalten, es sei denn, die Lebensgemeinschaft hat 3 Jahre in der Bundesrepublik bestanden. Halime hat sich jedoch bereits nach zwei Jahren vor ihrem gewalttätigen Mann ins Frauenhaus geflüchtet. Ein weiteres Jahr hätte sie seine Mißhandlungen ja wohl noch ertragen können! „Insofern", schreibt Herr Schäfer, „kommt es auch nicht darauf an, daß Ihnen möglicherweise spezifisch gesellschaftliche Nachteile in Ihrem Heimatland bevorstehen könnten."

Der Unrechtsparagraph muß weg!

Verschiedene politische Kräfte der Bundesrepublik setzen sich dafür ein, daß der § 19 des Ausländergesetzes mit seinen dramatischen und unmenschlichen Folgen in der Regel für Frauen verändert bzw. abgeschafft wird. So haben die Abgeordnetengruppen PDS/Linke Liste und Bündnis 90/Die Grünen entsprechende Gesetzesänderungsanträge in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksachen 12/6291 und 12/6421). Auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat im Bundesrat einen diesbezüglichen Gesetzesantrag gestellt.

Wir Frauen in den örtlichen Streikkomitees, in den alten und gerade erst entstandenen Frauenbündnissen, -netzwerken und -initiativen können massiven Druck auf die GesetzgeberInnen ausüben, damit der Unrechtsparagraph im Ausländergesetz bald verschwindet. Druck ausüben – zum Beispiel: durch eine Flut von Briefen an den Petitionsausschuß des Bundestages, durch Faxschreiben an Bundestagsabgeordnete (am wirkungsvollsten an diejenigen vor Ort, die von uns wieder gewählt werden wollen!), durch die Befragung von PolitikerInnen bei öffentlichen Auftritten zu dieser Forderung. Das sind wir unseren ausländischen Schwestern schuldig, deren Vertretungen – wie die Frauen von agisra in dieser Infozeitung – entschieden verlangen, daß ein unbefristetes, eigenständiges Aufenthaltsrecht direkt nach der Eheschließung garantiert wird.

Verhindert Halimes Abschiebung!

Und noch eine Bitte: Setzt Euch dafür ein, daß Halime nicht abgeschoben wird. Noch ist nicht das letzte Wort gesprochen. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes, bei dem Halimes Rechtsanwalt Widerspruch gegen die Verfügung der Ausländerbehörde eingelegt hat, steht noch aus. Schickt Eure Proteste an den Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Ministerium des Innern und für Sport, Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz und an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Klaus Hammer, Deutschlandplatz 12, 55116 Mainz.

Brigitte Hussein, überregionales Streikkomitee Köln/Bonn

! VERGEWALTIGUNG IN DER STEFFI (BESETZES HAUS IN KARLSRUHE/BRD) !

Im Sommer 91 wurde eine Bewohnerin der Steffi vergewaltigt! Der Vergewaltiger heißt Marshall Penn. Er kam damals als Band-Mitglied von "Back to the Planet", die einen Gig bei uns hatten, nach Karlsruhe. Die vergewaltigte Frau schwieg die ersten Tage nach der Vergewaltigung. Sie erzählte dann doch einzelnen Mitbewohnerinnen davon, mit der Auflage zu schweigen. Außerdem brauchte sie Zeit um einen klaren Kopf zu bekommen und die Ängste vor einer Veröffentlichung abzubauen.

Im März 92 konnte sich die Frau entschließen mit uns einen Brief an "Back to the Planet" aufzusetzen und diese über Marshall aufzuklären. Wir forderten sie unter anderem auf, Marshall auszugrenzen. Eine Rückantwort erhielten wir nie! Wir waren ratlos und sauer.

Am 5. Mai 93 haben wir dann erfahren, daß Marshall jetzt bei "Experiment" spielt und diese gerade eine Deutschlandtour beginnen wollten. Wir haben uns sofort mit dem Manager der Tour in Verbindung gesetzt und ihm von der Vergewaltigung erzählt. Er wollte daraufhin "Experiment" auffordern, Marshall in England zu lassen. Passiert ist das nicht. Der Tourmanager bekam lediglich ein Fax von Marshall, in dem er alles abstritt. Wir telefonierten dann mit den Konzertveranstalterinnen persönlich, erklärten, daß Marshall eine Mitbewohnerin von uns vergewaltigt hat und forderten sie auf, "Experiment" zu boykottieren. Bis auf zwei Konzertveranstalterinnen sagten alle die Gigs ab.

Die Reaktionen von "Experiment" sahen so aus: Teilweise fuhren sie trotz Absage zu den Auftrittsorten, damit Marshall persönlich die Vergewaltigung abstreiten und jedes mal eine andere Version erfinden konnte. "Eperiment" und Marshall terrorisierten uns mit Telefonanrufen Tag und N[illegible] [illegible]llten mit der vergewaltigten Frau sprechen und auf unser Plenum kommen. Bei allen Telefongesprächen stellte sich die Band hinter Marshall und forderten, den Boykott aufzuheben, da sonst ihre Karriere ruiniert wäre. Nach ein paar Tagen gaben sie auf und fuhren zurück nach England. Marshall schreibt uns seitdem die übelsten Briefe, er bezeichnet uns als Faschisten und sagt, daß er uns nicht in Ruhe lässt, solange er atmet.

Jetzt noch etwas zu den Konzertveranstalterinnen, die die Gruppe trotzdem auftreten ließen. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar! Was hat euch denn noch gefehlt, daß auch ihr von einer Vergewaltigung überzeugt gewesen wäret ?!! Es ist doch schon schlimm genug, daß vergewaltigte Frauen von Bullen und Gericht verhört werden, und sich dort rechtfertigen müssen. Die gleiche Prozedur mussten wir jedoch auch hier erleben: Konzertveranstalter aus der sogenannten "linken Szene" wollten persönlich mit der vergewaltigten Frau sprechen um so sämtliche Zweifel aus dem Weg zu räumen. Dies ist bestimmt kein Weg, den Frauen Mut zu machen ohne Angst über ihre Vergewaltigung zu reden. Wir brauchen mehr Auseinandersetzung und Austausch über den praktischen Umgang mit Vergewaltigungen und Vergewaltigern. Eine Vergewaltigung fängt bereits dann an, sobeld Frauen zu etwas gezwungen werden, was sie nicht wollen. Dies kann genauso durch Worte wie durch Handgreiflichkeiten passieren.

Das, was bei uns in Karlsruhe passiert ist, ist in anderen Städten bestimmt auch schon vorgekommen. Wir finden es wichtig, die Vergewaltiger zu benennen und dafür zu sorgen, daß sie keinen Fuß mehr fassen können und verschwinden. Darum hier noch die Adresse von dem Vergewaltiger:

Marshall Penn
2-4 New King Street
Deptford SE 8 5 HS
London
GB







... 8. MÄRZ

Mal wieder in letzter Minute beim Lay-out Termin

Den 8. März haben wir mal wieder hinter uns gebracht, aber das Patriarchat noch lange nicht.

Der diesjährige internationale Frauentag war als Frauenstreiktag (nach den Beispielen aus Island und der Schweiz) geplant.

In wieweit der Streik als solcher ein Erfolg war, können wir jetzt, einen Tag danach, noch nicht einschätzen. Sicher ist aber, daß der 8. März als internationaler Frauentag mal wieder ins Bewußtsein der Leute gedrungen ist.

Kurz was zu dem, was in der Stadt gelaufen ist. Seit Ende Januar hatten sich die verschiedensten Frauen getroffen, um diesen Tag vorzubereiten. Für die kurze Zeit ist es dann aber ganz gut gelaufen. Es wurden im Vorfeld an der FH Frauenfilme mit anschließenden Diskussionen zum Frauenstreik gezeigt. Auffällig daran war, daß mehr Männer als Frauen an diesem Thema interessiert waren. Ich frage mich nur, warum diese Männer, wenn sie schon der Meinung sind, daß es notwendig ist, patriarchale Strukturen bei sich und in der Gesellschaft zu überwinden, nicht selbst etwas unternehmen und dieses Thema auch als IHR EIGENES begreifen und entsprechend behandeln.

Bei den Vorbereitungstreffen der Frauen kamen inhaltliche Diskussionen leider nicht richtig in die Gänge. Das lag zum Einen an dem Zeitdruck und der Tatsache, daß organisatorische Punkte erstmal Vorrang hatten, zum Anderen daran, daß wir uns vorher nicht kannten und gar nicht richtig einschätzen konnten, was jede Frau für sich bei den Treffen wollte. Aber diese Treffen waren ja auch erst der Anfang.

Wir haben gemeinsam ein Info-Heft zum 8.März herausgegeben, das auf troßes Interesse und eine positive Resonanz gestoßen ist. Auch der Info-Stand in der FußgängerInnen-Zone am 8. fand größeres Interesse, als wir es erwartet hätten.Vor allen Dingen Mütter und ältere Frauen blieben stehen, haben sich gefreut, daß auch in KL Frauen etwas unternehmen und erzählten von sich und den Problemen, die sie als Frauen in dieser Stadt haben. Auffällig war auch, daß uns keine blöden Sprüche an den Kopf geknallt wurden, was in der Vergangenheit doch öfter vorkam. Zum krönendem Abschluß gab es eine gelungene Frauenfete im Lokal Kolorit. Die Kneipe war randvoll und es hat allen Frauen tierisch Spaß gemacht. Bleibt zu hoffen, daß es noch viele solcher Feten gibt - nicht nur am Frauentag.

Also im Großen und Ganzen war es ganz O.K.. Für uns war es ein Anfang - klar ist, daß noch viel zu tun ist.

PS: Zu Veranstaltung der Gleichstellungsbeauftragten steht jetzt hier nix drin (s.Rheinpfalz vom 9.März, Lokalteil).

Es gab im Vorfeld heftige Diskussionen zu dieser Stelle überhaupt und auf der anderen Seite zu der "Gleichstellungsbeauftragten" insbesondere. Zu diesem Thema gibt es aber soviel zu sagen/schreiben, daß wir das jetzt nicht in zwei Sätzen abhandeln können und wollen. Deshalb wollen wir für die nächste K-Butt das Thema Gleichberechtigung/ Gleichstellung/ "Gleichschaltung" zur Diskussion stellen. Schreibt uns eure Meinung dazu - ob ihr diese Stelle wichtig oder unwichtig findet- was ihr von einer "Gleichstellungsbeauftragten" erwartet - ob ihr euch von ihr vertreten fühlt bzw. von ihr vertreten werden wollt....

Wir wünschen uns eine spannende, kontroverse Diskussion.

FRAUENALLTAG

Eine alltägliche Situation? Eine Frau wird in einer Kneipe von einem Mann angesprochen. Zunächst entwickelt sich ein freundliches Gespräch über Dieses und Jenes und sie freut sich sogar über das Bier, das er ihr ausgibt. Der Mann ist zwar schon betrunken, aber sie hat kein unangenehmes Gefühl dabei. Im Laufe des Abends erfährt sie von FreundInnen, daß dieser "nette" Mann sich beim Wirt lautstark ausgelassen hat über die "schönen, gut riechenden, aber blöden Mädels", die "nicht anatomisch aber physisch naiven Mädchen, die ihr hier so habt", als ob es sich dabei um die Beurteilung des Hausweines handele. Und genau derselbe Typ drückt der gleichen Frau dann mit unvermindertem Selbstbewußtsein, als ob es das Normalste der Welt sei, ins Ohr, daß er "Mädels" wegen ihren "angeborenen Auffassungsgabe und Fleißes" als Gesprächspartnerinnen bevorzuge.
Frau ist natürlich wie vor den Kopf gestoßen, aber wagt trotz sich bietender Gelegenheit nicht, sich verbal oder auch mit schlagenden Argumenten zu wehren. Der Typ kann sich also ungeschoren davonmachen und die Frau ist den Rest des Abends geknickt und wütend auf ihre Passivität.
Viele von Euch haben bestimmt schon ähnliche Situationen und sich über ihr "typisch weibliches" Verhalten geärgert, sich imaginär in den Arsch getreten. Warum ist es den meisten Frauen nicht möglich, sich dummen Anmachen gegenüber aggressiv zu verhalten und dem Typ zu mindestens die Meinung zu sagen?

Viele Männer verhalten sich oft, als ob es legitim wäre, Frauen wie Freiwild zu behandeln. Dumme Sprüche, Nachschnalzen oder -pfeifen und Kniffe in diverse Körperteile sind der traurige Alltag für jede Frau. Daß dies kein Ende findet, liegt wahrscheinlich auch daran, daß zu selten Widerspruch seitens der angemachten Frauen kommt. Bei vielen von uns sind einfach die anerzogenen Hemmungen, sich "ungebührlich für eine Frau" zu verhalten zu groß. Viele Frauen finden sich mit der traditionellen "aktiv-männlichen" und "passiv-weiblichen" Rollenverteilung ab und leben auch danach. Diese Schemata abzuändern ist vielen von uns nicht möglich, da sie uns schon seit der frühesten Kindheit von allen Seiten begegnen. Egal, ob im Beruf, Schule, Sprache, Erziehung, Politik, Ehe, Sexualität, alles wird vom patriarchalischen Konsens bestimmt. "Wohlmeinendes" Umfeld ,wie Tanten, Omas, Opas, LehrerInnen, Eltern und Bekannte tun ihr Übriges, um uns restlos davon zu überzeugen, daß wir uns dem männlichen Willen ohne großen Widerspruch zu fügen haben.
Ein Schritt, diese Verhältnisse zu ändern, wäre, sich selbst erst mal klar zu machen, was männlich-chauvinistisches Verhalten überhaupt ist, und in welcher Beziehung uns es einschränkt.
Erst dann können wir auch das nötige Selbstbewußtsein entwickeln, uns dagegen zu wehren. Viele Frauen sind sich nicht bewußt, in welcher Situation sie sich befinden und tragen selbst durch unkooperatives Verhalten und Äußerungen gegenüber anderen Frauen dazu bei, daß sich an dieser Situation nichts ändern kann. Nur durch solidarisches Verhalten der Frauen untereinander, durch Gespräche, über den sexistischen Alltag, etc, dem jede Frau ausgesetzt ist, können wir Gleichberechtigung erzielen.



AStA (allgemeiner-studierenden-ausschuß) der UNI-KL

Der AStA stellt auf der einen Seite ein Plenum dar, das zu verschiedenen Themen arbeitet mit einem „mehr oder weniger ausgeprägten (politischen) Anspruch.
AUßERDEM gibt es aber auch diverse Serviceangebote, die Studierenden und Anders-Lebenden offenstehen!
Z.B. ***Geschirrverleih** (Tassen, Gläser, Teller, Besteck), auszuleihen Mo bis Do von 12.15-13.30h während des Semesters und 12.00-13.00h in den Semesterferien. Ausleihgebühr 5 DM.
Z.B. ***Fahrradwerkzeug**-Verleih, der Öko-Referent steht Donnerstag von 11.45-13.15h zu Eurer Verfügung, Kosten 50 Pf.-5 DM pro Werkzeug .
Z.B. ***WEN-DO-Kurs**, wohl weniger als Serciceleistung zu verstehen, der nächste Anfängerinnenkurs wird am 11.-12. Mai stattfinden, Anmeldungen bitte im AStA-Büro, Kosten sind noch unklar !
***Am 1.7.1994 findet wieder unser allseits beliebtes **Sommerfest** statt, hoffentlich im Freien...wie immer mit Live-Bands, Informationsständen, zu Futtern und Trinken en masse...
**Außerdem, am Rande für Studierende: es ist noch das Referat für Soziales zu besetzen, worüber wir uns sehr freuen würden!

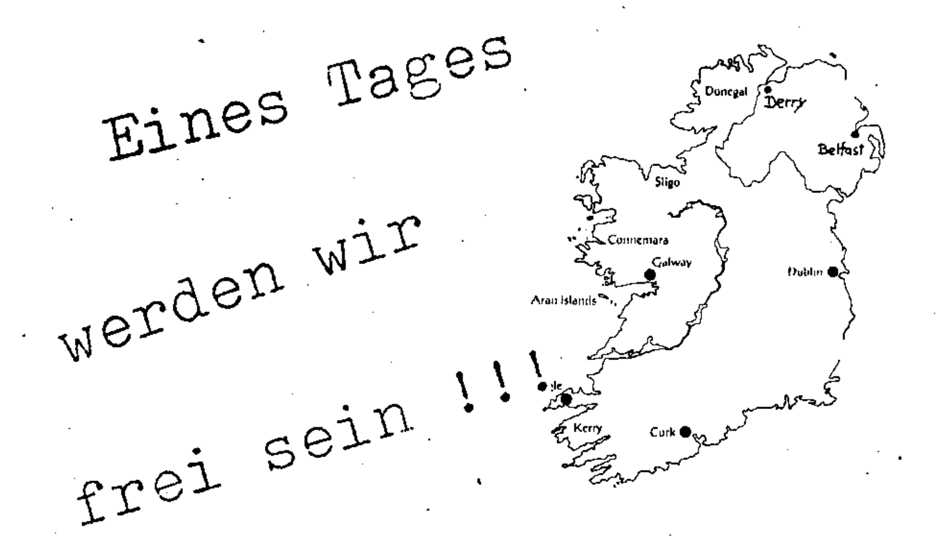
Der AStA befindet sich in Gebäude 46, Physik, Erwin-Schrödinger-Str.

Freie Meinungsäußerung ?!

Ich bin eine Schülerin und mir ist letztens im Ethik-Unterricht was ganz seltsames aufgefallen und zwar, daß es mit unserer so unheimlich freien Meinungsäußerung gar nicht so weit her ist. Wir behandelten gerade das Thema §218 und da wurden wir nach unserer Meinung gefragt, ob wir die Abtreibung befürworten, oder uns gegen sie aussprechen. Als ich an die Reihe kam und gesagt habe, daß jede Frau selbst entscheiden dürfe, wann und warum sie abtreibt hat mein Lehrer mir an den Kopf geworfen, daß ich also das Morden ungeborenen Lebens befürworte. Als ich mich dagegen wehrte und gesagt habe, daß er mich und keine andere Frau als Mörderin hinstellen dürfe, hat er nur gesagt, daß ich wohl ziemlich unmoralische Ansichten habe und daß ich doch seine "Moral" übernehmen und hinnehmen müsse, weil er ja der Lehrer sei.
Danach habe ich mich gefragt, ob das das ist was unsere Schulleitung unter "freier Meinungsäußerung" versteht. Ich weiß gar nicht, warum mensch uns nach unserer Meinung fragt, wenn wir hinterher doch ihre/seine Meinung übernehmen müssen.
Ich habe natürlich nicht einfach so seine Meinung hingenommen und habe auch in der Arbeit über das Thema meine eigene Meinung dazu aufgeschrieben. Ich bekam in dieser Arbeit eine 5 und als ich meinen Lehrer fragte, wie er auf diese Note gekommen ist, hat er mir geantwortet, daß ich wohl die Fragen nicht richtig gelesen hätte, in denen eindeutig stand, daß ich das was wir im Unterricht behandelt und besprochen haben wiedergeben müßte und nicht meine, subjektive Meinung, ausdrükken sollte. Ich konnte mich noch nicht mal beschweren gehen, weil er seine Fragen wirklich so gestellt hatte, daß ich einfach nur seine vorgekaute Meinung hätte wiedergeben müssen.
Ich dachte eigentlich immer, daß die Schule dazu da ist den SchülerInnen das Denken beizubringen, aber offensichtlich haben die LehrerInnen daran kein Interesse, sondern wollen uns nur zum Nachplappern bringen.
Warum gehe ich dann überhaupt in die Schule, wenn ich in dieser Schule nicht denken darf?
Da ich mit der Schule in einem Abhängigkeitsverhältnis stehe, d.h. daß die "PädagogInnen" über meine weitere schulische Laufbahn entscheiden und mir damit eindeutig zu verstehen geben, daß ich das zu machen und zu denken habe was sie von mir verlangen, muß ich mich wohl fügen? - oder?
Weiterhin stellt sich die Frage, ob mensch Ethik überhaupt benoten kann. Ethik ist ein Fach das nur auf Meinungen bzw. verschiedenen Meinungen basiert. Kann mensch eine Meinung bewerten? Ich finde, so etwas ist absolut unmöglich, aber sagt das mal unseren LehrerInnen.
Ich denke wenn sich SchülerInnen zusammentun und gemeinsam versuchen etwas dagegen zu unternehmen, sich untereinander solidarisieren und sich gegen die Meinung des Lehrers/der Lehrerin aussprechen, müssen auch die LehrerInnen einmal über die Meinung der SchülerInnen nachdenken.
Wenn Euch dazu etwas einfällt, oder wenn Ihr ähnliche Situationen schon erlebt habt, schreibt doch einfach mal einen Artikel. Schreibt mal was! Wenn Ihr aber ganz anders über "freie Meinungsäußerung" in der Schule denkt wie ich, oder ihr nicht das empfinden habt Eure Meinung nicht sagen zu dürfen, schreibt auch; diese Schule würde ich gerne mal kennenlernen!
Falls Euch aber was ganz anderes an Eurer Schule viel mehr stinkt, wäre doch jetzt endlich mal Zeit den aufgestauten Frust rauszulassen. Vielleicht fällt dann anderen SchülerInnen auch was zu "Eurem" Thema ein.

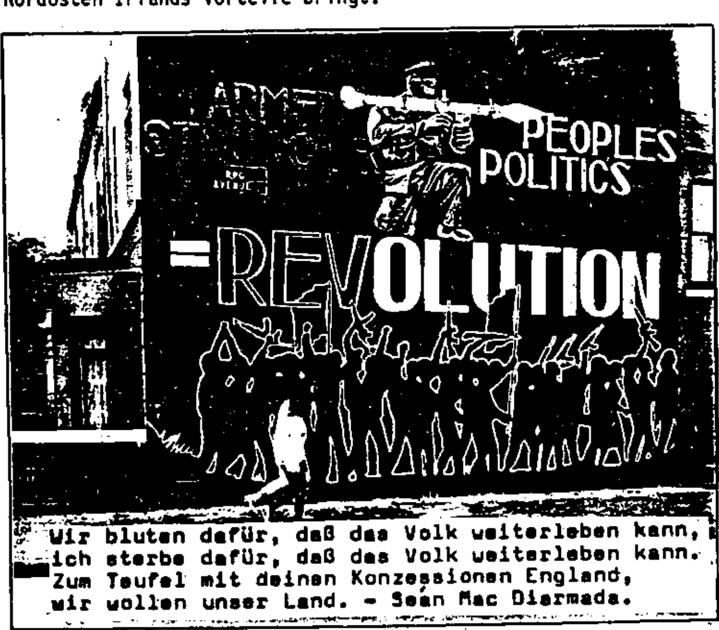
Der Königswinkel verantsalltet ein "Streetball" Turnier.
Gespielt wird nach Basketballregeln in dreier Teams.
Alle Interessierten bitte bis zum 10. April melden.

Eines Tages werden wir frei sein !!!



Zur Geschichte und aktuellen Situation im besetzten Teil Irlands

Wer die heutige Situation im britisch besetzten Teil Irlands ("Nordirland") verstehen will, muß 800 Jahre zurückblicken. Damals nämlich, im 12.Jahrhundert, fand die erste englische Invasion in Irland statt. Vor der Invasion gab es in Irland eine Gesellschaft, die sich u.a. durch ein ausgefeiltes Rechtssystem und die Abwesenheit von Privateigentum (!) auszeichnete.
Auch die Rechte der Frauen waren mit unseren heutigen vergleichbar (Recht auf Besitz, Scheidung, Kinder, sexuelle Rechte usw.). All diese Rechte wurden von der englischen Krone ab geschafft, zudem den englischen SiedlerInnen jeder Kontakt zu IrInnen verboten.
Zu dieser Zeit beherrschte England allerdings erst das Gebiet um die heutige Hauptstadt Dublin.
Das sollte sich erst im 16./17. Jahrhundert ändern. Durch die Reformation in England unter Heinrich VIII.wächst dort der Wunsch das (katholische) Irland völlig zu kolonialisieren. In England und Schottland werden SiedlerInnen geworben, die in Irland Land erhalten, von dem die IrInnen vertrieben werden. Als daraufhin in ganz Irland Aufstände ausbrechen, verwüsten englische Truppen unter Cromwell weite Teile Irlands, ermorden 1/4 der IrInnen und sorgen so für "Ruhe",was allerdings 8 Jahre dauert.
Hunderttausende IrInnen werden als SklavInnen verkauft, den restlichen wird verboten, zu wählen, Land zu kaufen oder eine Waffe ~~zu~~ besitzen. Trotzdem kommt es 1690 zu einem weiteren Versuch, durch einen Krieg die englische Herrschaft loszuwerden. Die IrInnen unterstützen den katholischen König von England, James II., werden aber vom protestantischen König Wilhelm von Oranien besiegt ("Schlacht am Boyne").
In den nächsten Jahrhunderten kommt es zwar immer wieder zu Aufständen, die aber an der Situation nichts ändern: irisch zu sein heißt praktisch lebenslange Armut, Hunger und Unterdrückung. 1800 wird aus der Kolonie Irland ein Teil des Vereinigten Königreiches, was vor allem der entstehenden Industrie im Nordosten Irlands Vorteile bringt.



Wir bluten dafür, daß das Volk weiterleben kann, ich sterbe dafür, daß das Volk weiterleben kann. Zum Teufel mit deinen Konzessionen England, wir wollen unser Land. - Seán Mac Diarmada.

Im 19.Jahrhundert wird der irische Teil der Bevölkerung von einer grausamen Hungersnot heimgesucht, während die protestantischen Großgrundbesitzer Lebensmittel nach England exportieren. Von etwa 8 Millionen IrInnen verhungern oder emigrieren die Hälfte !
Aus dieser Erfahrung wird der irische Widerstand gestärkt. Bürgerliche Gruppen, aber auch Sinn Fein (=Wir selbst) und die Vorläufer der IRA (=Irisch Republikanische Armee) entstehen.
Die englische Regierung führt zwar einige politische Reformen durch, diese sind aber nur Augenwischerei und ändern nichts an der Realität der Unterdrückung.
Anfang diesen Jahrhunderts führt die Erfahrung der Niederschlagung der ersten großen Streiks zu der Erkenntnis, daß die nationale Befreiung mit der sozialen Frage zusammengebracht werden muß. Nationale Unabhängigkeit, sozialistische Ideen und Republikanismus bilden ein explosives Gemisch, welches 1916 zündet. Am Ostermontag 1916 stürmen 150 Frauen und Männer die Hauptpost in Dublin und erklären Irland zu einen freien Staat.
Da aber die Vorbereitung mangelhaft war und Unterstützung ausbleibt, wird der Oster-Austand blutig niedergeschlagen.
Dieses hat aber massive Veränderungen in der irischen Bevölkerung zur Folge: Sinn Fein radikalisiert sich, und nach dem überwältigendem Wahlsieg von 1918 wird ein eigenes Parlament gegründet und die Unabhängigkeit erklärt. Da England dieses natürlich nicht tatenlos hinnimmt, kommt es zu einem Krieg, bei dem die IrInnen, organisiert in der IRA, mit einer Guerilla-Taktik zum Erfolg kommen.

1921 bietet die englische Regierung einen "Kompromiß" an: der Süden Irlands wird zum Freistaat, der Rest, im Nordosten, bleibt Teil des Vereinigten Königreiches.Dieser Teil, das heutige Nord-Irland, ist ein völlig künstliches Gebilde: er umfaßt nur 6 der 9 Grafschaften der Provinz Ulster, die so ausgesucht sind, daß sowohl die wichtigsten Industriestandorte ("London"Derry und Belfast) und fruchtbare ländliche Gegenden enthalten sind, alsauch eine protestantische Bevölkerungsmehrheit garantiert ist. Im irischen Parlament setzen sich die gemäßigten nationalen Kräfte durch, der "Kompromiß" wird angenommen, Irland geteilt.
Die Mehrheit der sozialistischen IRA lehnt den Vertrag ab und setzt den Kampf fort. Der Regierung des Freistaates gelingt es aber, mit militärischer Hilfe der Briten, die IRA in den Untergrund und später in die Bedeutungslosigkeit zu drängen.
Der Süden wird 1949 zur Republik, bleibt aber wirtschaftlich völlig von Großbritanien abhängig.
In den 6 Grafschaften (Nordirland) wird die Situation für die katholischen IrInnen immer unerträglicher. Sie sind in jeder Hinsicht benachteiligt: bei den Arbeitsplätzen, der Vergabe von Sozialwohnungen, bei den Wahlrechten usw.
Ende der 60er Jahre entwickelt sich eine BürgerInnenbewegung, die zum Ziel hat, diese Zustände zu ändern.
Doch die Reaktion des loyalistischen (="englandtreu") Bevölkerungsanteils ist unerbittlich: Demonstrationen der republikanischen IrInnen werden angegriffen, AktivistInnen überfallen, Häuser und Wohngebiete der KatholikInnen niedergebrannt.
In dieser Situation wird die IRA als Selbstschutztruppe aller RepublikanerInnen und KatholikInnen wiederbelebt.
Sie übernimmt den militanten Schutz der katholischen Wohngegenden und schlägt die loyalistischen Banden zurück. Gleichzeitig schickt die britische Regierung Truppen nach Nordirland, um den "Frieden zu sichern". Diese Truppen werden zuerst auch von katholischen IrInnen begrüßt, machen aber bald klar, auf welcher Seite sie stehen. Im Januar 72 schießen britische Fallschirmjäger in eine friedliche BürgerInnenrechts-Demo und ermorden 14 Menschen, meist Jugendliche. Daraufhin beginnt die IRA, die immer mehr Zulauf erhält und einen Großteil der katholischen Bevölkerung vertritt, ihre Angriffe auch auf Militär und Polizei auszudehnen. Straßenschlachten in den republikanischen Ghettos sind an der Tagesordnung.
Um es noch einmal klar zu sagen: der Krieg in Nordirland, der bis heute andauert, ist kein(!) Religionskrieg. Die IRA und andere republikanisch-sozialistische Gruppen lehnen die Unterteilung in Religionen (Sektierertum) strikt ab, was erklärt, daß auch ProtestantInnen auf Seite der republikanischen Kräfte stehen.
Die Angriffe der IRA richten sich nie gegen die Protestanten im allgemeinen, sondern immer gegen loyalistische Terrorgruppen (z.B. UDA), Polizei, Militär und deren HelferInnen. Für die loyalistischen Paramilitärs hingegen sind alle(!) KatholikInnen Angriffsziele, was in den häufigen Massakern in (katholischen) Bars und Wettbüros zum Ausdruck kommt.
Die Strategie der britischen Regierung ist bis heute die Vernichtung der republikanischen Bewegung und der IRA. Dabei ist ihr jedes Mittel recht: die Ermordung unbewaffneter Menschen, die Kriminalisierung weiter Teile der Bevölkerung, Ignorierung aller Meschenrechte (z.B.legale ! Inhaftierung für zwei Wochen ohne Begründung/Beweise), Folter, ständige Schikanen im Alltag, und zuletzt die Weitergabe von Namen und Informationen an Gruppen wie die UDA, die trotz zahlreicher Morde erst Ende 92 verboten worden ist.
Doch all diese Repression, die für alle RpublikanerInnen alltäglich ist, hat nicht zum Ziel geführt. Obwohl die Zahl der Toten auf katholischer Seite die der "Sicherheitskräfte" bei weitem übersteigt, obwohl die Gewalt der Loyalisten immer unvorstellbarer wird, ist die republikanisch-sozialistische Bewegung so stark wie zu Beginn der Kämpfe 68.
Der neueste Versuch, die IRA zu zerschlagen, ist das "neue Angebot" von Seite der Regierungen von Großbritanien und Irland, Gespräche über die Zukunft Nordirlands zu führen.
Gesräche hat es in den letzten Jahren immer wieder gegeben. Allerdings durfte weder die IRA noch die Partei Sinn Fein, die der IRA nahe steht, teilnehmen. Dies soll sich nun ändern. Die IRA muß "nur" vorher die Waffen niederlegen, zumindest für drei Monate. Auch überlegen britische und irische Regierung, das Verbot für alle Medien (Fernsehen,Radio und Presse), Sinn Fein Mitglieder zu Wort kommen zu lassen, aufzuheben. Dieses Verbot für die legale Partei besteht seit mehr als 20 Jahren.
Für den Fall, daß diese Gespräche stattfinden, haben UDA und andere loyalistische Terrorgruppen schon verstärkte Angriffe auf KatholikInnen angekündigt. Sie werden eine Selbstbestimmung der IrInnen nie akzeptieren.
Für die Menschen in Nordirland hat das Angebot nichts Neues . Ihnen ist klar, daß es Frieden in den 6 Grafschaften nur geben kann, wenn alle britischen Truppen abgezogen und die loyalistischen Gruppen bereit sind, den Willen der Mehrheit nach einem vereinten, sozialistischen Irland akzeptieren.
Bis dahin gilt für die RepublikanerInnen in Nordirland das Motto der IRA:

TIOCFAIDH AR LA -unser Tag wird kommen !

Die IRA will Frieden

Die IRA will Frieden und hat gegenüber der Adams-Hume-Initiative ihre fortgesetzte Unterstützung angedeutet. In einem Interview für AP/RN hat die IRA erklärt, daß Hume-Adams die einzig reelle Initiative ist, die sie kennt u. die die Dynamik enthält, die die Situation aus dem Konflikt raus in Richtung Frieden bringen kann.
Nach Oglaigh na hEireann hat die brit. Regierung versagt, den Mut u. die Flexibilität aufzubringen, um die Situation zu verbessern.. "Wir erwarten von John Major nicht, daß er ein generelles Stop brit. mil. Aktivitäten verkündet. Er weiß, daß es von uns kein generelles Stop geben kann. Er weiß, daß wir ein ausgehandeltes Abkommen brauchen", erklärte die IRA.
Die IRA erklärt, daß das Aufwerfen der Frage vonseiten der Brits, Sinn Féin im Austausch für einen Waffenstillstand der IRA an den Gesprächen zu beteiligen, eine bewußte Irreführung ist. Die Brits "sind z.Zt. nicht bereit oder wollen sich nicht an einem wirklichen Friedensprozeß beteiligen."
Über die Rolle der Dubliner Regierung sagt die IRA folgendes: "Dublin weiß, was erforderlich ist, wenn wir die Hoffnungen auf Frieden umsetzen wollen. Sie sollte die brit.Regierung zu dieser Haltung drängen."

aus den Irisch-Repuplikanischen Nachrichten 8

TIERRA Y LIBERTAD

Der Kampf der EZLN

Am 1.1.94 begann die erste Offensive der EZLN (Zapatistisches Heer der nationalen Befreiung). Hunderte Gueriller*s besetzten unter der Parole "Land und Freiheit" fünf Städte der Provinz Chiapas. In der 80.000-EinwohnerInnen-Stadt San Christobal de las Casas steckten sie das Justizgebäude in Brand, verwüsteten und besetzten das Rathaus. Die sich selbst als Befreiungsheer begreifende Guerillaorganisation bezieht sich in ihrem Namen auf den mexikanischen Revolutionsheld Emilio Zapata, der im Süden Mexikos ab 1910 die Revolution gegen den damaligen Diktator Diaz anführte. Die Revolution brachte damals den Menschen im Süden Mexikos keine Vorteile, und Emilio Zapata scheiterte und wurde ermordet.

Die, die nun im Namen Zapatas angetreten sind, ver suchen die immer noch gleichen Forderungen für die meist indigenen Bauern und Bäuerinnen in Chiapas durchzusetzen. Sie setzten bewußt den 1.1. als Auf takt ihrer Rebellion. An diesem Tag trat das NAFTA Abkommen in Kraft, das von den Menschen in Chiapas als Todesurkunde für die UreinwohnerInnen Mexikos gesehen wird.

Die Region Chiapas ist reich an natürlichen Resourcen. Die Hälfte des mexikanischen Kaffees wird dort produziert, je ein Drittel des Erdöls und der Energie aus Wasserkraft werden dort gewonnen.

Trotzdem verdienen 70% der 3,2 Millionen Menschen in Chiapas nicht einmal den Mindestlohn von 3 US-$ pro Tag. Die Mehrzahl der Menschen verdingt sich als LandarbeiterInnen auf Farmen von Großgrundbesitzern, die zusammen mit der korrupten PolitikerInnenkaste das Land aussaugen. 94 der 111 Gemeinden in der Region leben unter dem Existenzminimum. Mehr als 30% der BewohnerInnen sind Analphabeten. Die Hälfte der Haushalte lebt ohne Trink- und Abwasserversorgung.

Die KämpferInnen der EZLN ziehen gegen die Ausbeutung der natürlichen Resourcen zu Felde und fordern die Freiheit der politischen Gefangenen. Sie rufen das mexikanische Volk auf, mit ihnen für Arbeit, Land, ein Dach über dem Kopf, Essen, Gesundheitsversorgung, Unabhängigkeit und Demokratie zu kämpfen. Die EZLN beruft sich bei ihrem Auf stand auf die mexikanische Verfassung, d.h. auf den Artikel 39. Dort steht festgeschrieben: Das Volk hat zu jedem Zeitpunkt das uneingeschränkte Recht, die Regierungsform zu verändern oder zu modifizieren.

Ihr Ziel ist es, einen bewaffneten Marsch auf Mexiko-Stadt zu starten, an dem sich das ganze mexikanische Volk anschließen soll. Die Guerillaorganisation wird zur Zeit auf um die 2000 bewaffnete Mitglieder geschätzt. Nach Angaben von Comandantes der EZLN haben sie sich seit ungefähr 10 Jahren auf diesen Aufstand vorbereitet, was durch die hervorragende Organisation der bisherigen Aktionen und der regelmäßig auftauchenden Kommuniques bestätigt wird. Auch scheint sich eine zur EZLN gehörende Stadtguerilla-Einheit gebildet zu haben, die bisher Anschläge auf Kasernen, Strommasten und Touristenzentren durchführte. Die diszi plinert ausgeführten Aktionen und ihre Herangehensweise an Verhandlungsangebote der Regierung brachte ihnen große Sympathien im mexikanischen Volk.

Die seit 64 Jahren an der Macht verharrende Regier ungspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution !!), die sich nur durch Wahlbetrug und bestialische Repression an der Macht halten konnte, wurde vom Auftreten der EZLN in dieser Stärke überascht. Zwar wurden in der Region letztes Jahr einige Großgrundbesitzer entführt und nur gegen hohe Lösegelder wieder freigelassen, und entdeckten mexikanische Militärpatrouillien ein Guerillacamp, wobei es zu Schußwechseln kam, doch verschwiegen der Geheimdienst und die Regierung diese Vorfälle, um weiteres Aufsehen zum damaligen Zeitpunkt zu verhindern.

Nach dem Beginn des Aufstandes ging das Militär mit schwerstem Gerät und 12.000 Soldaten vehement gegen Gueriller*s und die indianische Bevölkerung vor. Mehrere KämpferInnen wurden auf offener Straße exekutiert. Menschenrechtsorganisationen fanden zahlreiche Massengräber. Zur Zeit wird von mehr als 500 Toten bei den Kämpfen ausgegangen. Noch lange nach dem Rückzug der EZLN wurden JournalistInnen und Oppositionelle unter Druck gesetzt



verhaftet und gefoltert. 5000 Indigenas den bislang hinter Gitter gesteckt. Nachdem diese Methoden von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen angeprangert wurden, und die EZLN Verhandlungen zugestimmt hat, sehen sich jetzt Regierung und Militär in der Defensive. Das Volk Mexikos unterstützt zum größten Teil die Forderungen der Rebellen und beteiligt sich an Demonstra tionen. Im Süden werden Farmen von Großgrundbesitzern belagert und Rathäuser von landlosen Bauern und Bäuerinnen besetzt.

Hier in Westeuropa gab es auch verschiedenste Soli daritätsaktionen mit den Aufständischen: in Frankfurt/M. wurde dem mexikanischen Konsulat eine Resolution zur Unterstützung der Forderungen der Indigenas übergeben. Außerdem die Schlösser der mexikanischen Nationalbank verklebt und Außenwände besprüht. Wegen der Ausbeutungspolitik des VW-Konzernes wurden zwei VAG-Filialen besprüht und einige Autoreifen zerstochen.

In Kopenhagen wurde am 17.1. die mexikanische Botschaft mit Brandsätzen angegriffen.

Und vieles andere mehr ...

Quellen: Materialien für einen neuen Antiimperialismus 1 (Zentralamerika)
Verlag Rote Straße/Schwarze Risse
konkret 12/93
interim 272
ila 172

Erklärung aus dem Lacandonischen Urwald

Heute haben wir gesagt: Basta!

An das Volk von Mexiko:

Mexikanische Brüder:

Wir sind das Produkt 500 Jahre von Kämpfen: erst gegen die Sklaverei im Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien, von den Aufständischen angeführt, danach um die Absorption durch den nordamerikanischen Expansionismus zu verhindern, alsbald um unsere Verfassung auszurufen und das Französische Imperium aus unserem Territorium zu verbannen, danach verweigerte uns die Porfiristische Diktatur die gerechte Anwendung der Reformgesetze und das Volk rebellierte wobei es seine eigenen Leader herausbildete, es traten Villa und Zapata auf, arme Menschen wie wir, denen die elementarste Bildung verweigert worden war, um uns als Kanonenfutter verwenden und die Reichtümer unseres Vaterlandes auszuplündern zu können, ohne daß es sie schert, daß wir an Hunger und heilbaren Krankheiten sterben, ohne daß wir das Recht haben, frei und demokratisch unsere Amtsträger zu wählen, ohne Unabhängigkeit von den Ausländern, ohne Frieden und Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder.

Aber wir haben heute gesagt: Basta! Wir sind die Erben der wahren Schmiede unserer Nation, der Besitzlosen. Wir sind Millionen und wir fordern alle unsere Brüder auf, sich diesem Aufruf anzuschließen, welcher der einzige Weg ist, nicht vor Hunger zu sterben, angesichts der unersättlichen Herrschsucht einer mehr als 70-jährigen Diktatur, die von einer die konservativsten Gruppen repräsentierende Verräterclique angeführt wird. Es sind die Selben, welche sich Hidalgo und Morelos widersetzten, die Vincente Guerreros verrieten, es sind die Selben, welche mehr als die Hälfte unseres Territoriums an den ausländischen Investor verschleuderten, es sind die Selben, welche einen europäischen Fürst herbrachten, daß er uns regiere, es sind die Selben, welche die Diktatur der porfiristischen Wissenschaftler bildeten, es sind die Selben, welche sich der Enteignung der Erdölgesellschaften widersetzten, es sind die Selben, welche die Eisenbahnarbeiter 1958 und die Studenten 1968 massakrierten, es sind die Selben, welche uns heute alles wegnehmen, absolut alles.

Um dies zu verhindern und als unsere letzte Hoffnung, nachdem wir alles versucht haben, um die in unserer Magna Charta begründete Gesetzlichkeit in die Praxis umzusetzen, halten wir uns an sie, unsere Verfassung, um den Verfassungsartikel 39 anzuwenden, der wörtlich lautet:

"Die nationale Souveränität ist wesentlich und ursprünglich im Volk begründet. Alle Staatsgewalt entspringt vom Volke und wird zu seinem Wohlergehen errichtet. Das Volk hat zu jeder Zeit das unveräußerliche Recht die Form seiner Regierung zu wechseln oder zu ändern."

Daher, in Verbundenheit mit unserer Verfassung, emittieren wir die folgende

Kriegserklärung

gegenüber der mexikanischen Bundesarmee, Hauptstütze der von uns erlittenen Diktatur, die von der im Besitz der Macht befindlichen Partei monopolisiert wird und angeführt wird von der Zentralregierung, die heute zu Unrecht in der Hand ihres höchsten und illegitimen Chef ist: Carlos Salinas de Gotari.

In Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung fordern wir von den anderen Gewalten der Nation, daß sie sich darüber verständigen, die Legalität und die Stabilität der Nation wieder herzustellen, in dem sie den Diktator absetzen.

Ebenso fordern wir die Internationalen Organismen und das Internationale Rote Kreuz auf, die Kämpfe, die unsere Verbände sich liefern zu überwachen und zu regeln, um die Zivilbevölkerung zu schützen; wir erklären sodann für jetzt und immer, daß wir, indem die EZLN als kriegsführende Streitmacht unseres Befreiungskampfes aufgestellt wird, unter das durch die Kriegsgesetze der Genfer Konvention Festgelegte fallen. Wir haben das mexikanische Volk auf unserer Seite, haben ein Vaterland und die Trikolore wird von den aufständischen Kämpfern geliebt und respektiert, wir verwenden die Farben rot und schwarz in unserer Uniform, Symbole des Arbeitervolkes in seinen Streikkämpfen, unserer Fahne trägt die Buchstaben "EZLN", Ejército Zapatisto Liberación (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) und ihr werden wir immer in die Gefechte ziehen.

Wir weisen von vorneherein jedweden Versuch zurück, die gerechte Sache unseres Kampfes zu verderben, indem sie des Rauschgifthandels, der Narcoguerilla, des Banditentums oder anderer Bezeichnung, die unsere Feinde benutzen könnten, bezichtigt wird. Unser Kampf befindet sich in Verbundenheit mit dem Verfassungsrecht und steht unter dem Banner der Gerechtigkeit und der Gleichheit.

Daher und in Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung geben wir unseren militärischen Verbänden des Ejército Zapatista de Liberación Nacional die folgenden Befehle:

Erstens.- Bis zur Hauptstadt des Landes vorzurücken und dabei die mexikanische Bundesarmee zu besiegen, bei seinem befreienden Vormarsch die Zivilbevölkerung zu schützen und den befreiten Völkern zu erlauben, durch freie und demokratische Wahlen seine Verwaltungsämter (öffentliche Ämter) zu übergeben.

Zweitens.- Das Leben der Gefangenen zu respektieren und die Verwundeten dem Internationalen Roten Kreuz zu übergeben.

Drittens.- Gegen diejenigen Soldaten der mexikanischen Bundesarmee und der politischen Polizei, die von Ausländern Schulungen erhalten haben, beraten oder bezahlt wurden, sie des Vaterlandverrats anklagend Kriegsgerichtsverfahren zu beginnen, ebenso wie gegen all diejenigen, welche die Zivilbevölkerung unterdrücken und mißhandeln oder die Güter des Volkes angreifen.

Viertens.- Mit all den Mexikanern, die zu erkennen geben, daß sie sich unserem gerechten Kampf anschließen, neue Verbände (Einheiten) zu bilden, einschließlich derjenigen feindlichen Soldaten, die sich unseren Kräften kampflos ergeben und schwören, den Befehlen dieser Commandancia General des Ejército Zapatista de Liberación National zu entsprechen.

Fünftens.- Die bedingungslose Übergabe der feindlichen Standquartiere vor Beginn der Schlachten (Gefechte) zu verlangen.

Sechstens.- In den von der EZLN kontrollierten Gebieten die (Aus)Plünderung unserer natürlichen Reichtümer einzustellen.

Volk von Mexiko: Wir, integre und freie Männer und Frauen, sind uns bewußt, daß der Krieg, den wir erklären, ein letztes aber rechtes Mittel ist. Die Diktatoren führen seit vielen Jahren, einen nicht erklärten genoziden Krieg gegen unsere Völker, weshalb wir Dich um Deine entschiedene Beteiligung erbitten, indem Du diesen Plan des mexikanischen Volkes unterstützt, daß für Arbeit, Land, Behausung, Nahrung, Gesundheit, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden kämpft. Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden zu kämpfen bis wir, eine Regierung unseres freien und demokratischen Landes bildend, die Erfüllung dieser grundlegenden Forderungen unseres Landes erreicht haben.

Tritt ein die Aufständischen Kräfte des
Ejército Zapatista de Liberación Nacional
Generalkommandantur der EZLN
im Jahr 1993

Die Kämpfe in Chiapas seit den 70ern



1974 ist das Jahr, in dem der Kampf der Bauern in Chiapas wieder aufflackert. In San Juan Chamula bricht eine Rebellion gegen die örtlichen indianischen Führer aus. Der als religiös denunzierte Konflikt hat eindeutige soziale Bezüge. Er richtet sich gegen die Machtansprüche Priveligierter. Die Regierung mit ihrer ausführenden Institution PRODESCH (Programm für die sozialökonomische Entwicklung der Bergregionen von Chiapas) antwortet, indem sie die "Schuldigen" ihres Landbesitzes beraubt und sie umsiedelt. 200 Familienvorstände werden, wie Tiere bewacht, vom Heer in den Tiergehegen des Centro de Fomento Ovino de Teopiska gefangen gehalten.
Im Oktober findet in San Christobal de las Casas ein indigener Kongreß statt. Obwohl dieser zunächst von Staat und Kirche einberufen wurde, entzieht er sich teilweise deren Kontrolle und es übernehmen ihn indigene VertreterInnen. Sie verwandeln ihn in ein Forum, wo sie ihre Probleme bezüglich Besitz und Vermarktung ihrer Produkte, ihre miserable Gesundheitsversorgung und Ausbildungsmöglichkeiten diskutieren. Aus den Erfahrungen des Kongesses, besonders aus dem Erkennen der Gemeinsamkeiten, enstehen von da an verschiedene Bauernorganisationen. In der Region Simojovel schließen sich zum ersten Mal Bauern zusammen, um die Freilassung ihrer politischen Gefangenen durchzusetzen und um eine Demokratisierung im Umgang mit Gemeindeländereien zu erreichen. Es enstehen danach mehrere Unionen, die sich als Zusammenfassung von VertreterInnen bestimmter Ländereien zusammenschließen. Sie erarbeiten unter anderem gemeinsame Richtlinien im Verkauf von Kaffee.
Tzotzilen, ein indigener Stamm aus Larrainzar und San Juan Chamula, die mit Gewehren und Pistolen bewaffnet sind, besetzen Fincas in der Gemeinde El Bosque und töten sieben Großgrundbesitzer.
Die Reaktion des Staates auf die Kämpfe ist vielschichtig. Zum Einen über direkte und brutale Repression, zum Anderen über Spaltungsversuche, den Kauf von Führern der Bewegungen von Seiten der Staatspartei PRI und über sogenannte Entwicklungsprogramme und Organisationen, die in ihre Programme schreiben, die Lebensbedingungen der BäuerInnen verbessern zu wollen. Welche Methoden diese zum Teil anwenden, wurde vorhin schon am Beispiel PRODESCH beschrieben. Meistens ist ihr Vorgehen aber subtiler.





Mit Ausnahme von Costa Rica ist Mittelamerika 1979 ein brodelnder Kessel. Überall laufen Streiks, Landbesetzungen, bewaffnete Überfälle auf transnationale Konzerne und Regierungsinstitutionen, ohne das es lokalisierbare Grenzen gibt. Dazu kommt ein beträchtliches Maß an Massendemonstrationen. Auch treffen sich bei den Aktionen unterdrückte Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen (StraßenhändlerInnen, Arbeitslose, StudentInnen, Bäuerinnen usw.).
Tuxtla, Guiteres, Chiapas und der ganze Süden Mexikos könnte auch in nördliches El Salvador umbenannt werden. Hier ermorden rechte paramilitärische Truppen schon seit den 70er Jahren Dorf- und GemeindeführerInnen. Polizeikräfte foltern regelmäßig, um dem Staat entgegengesetzte Meinungs äußerungen zu verhindern. Der Oppositionn wird mit Verhaftungen, Gefängnisstrafen, Brutalität und Mord begegnet. Die zahme Presse berichtet kaum darüber.
1982 zum Beispiel wird die Mehrheit der Bauernunion von Chiapas verhaftet und vier von ihnen wegen Guerillaaktivitäten angeklagt.
1985 wird der allgemeine Rat der Bauernunion von Todesschwadronen ermordet. Zwischen 1982 und 1986 wurden allein in Chiapas 380 Bauern umgebracht. Eine Studie, die das Kongeßmitglied der vereinigten sozialistischen Partei erstellte, dokumentiert die Ermordung von 525 Bauern und Bäuerinnen. Beinahe die Hälfte dieser Morde wurde von Staats- bzw. Länderautoritäten begangen.
"Für uns", erklärte der Generalsekrtär der Bauernvereinigung in Chiapas,"ist Mord alltägliche Realität. Gleich, in welchem Moment, in welchem Jahr, zu welcher Stunde, wir werden immer unterdrückt,...Wenn wir nicht geräumt werden, werden wir ermordet und diese Tode bleiben ungesühnt. Uns wird nie mitgeteilt, wer dafür verantwortlich ist."
Ende 1991 wird durch die Stimmen der Regierungspartei PRI eine als historisch bezeichnete Verfassungsreform verabschiedet. Kern dieser "Reform" ist die Streichung des Artikels 27, der den mexikanischen Kleinbauern und -bäuerinnen seit fast 80 Jahren garantierte, ihren Grund und Boden genossenschaftlich zu bestellen. Mit dieser Reprivatisierung hat die mexikanische Regierung eine wesentliche Bedingung dafür erfüllt, daß das NAFTA Abkommen möglich wurde. Die soziale Realität für die Kleinbauern und -bäuerinnen wurde durch die Verfassungsänderung noch einmal extrem verschärft. 1992 verhungerten in Chiapas 15000 Menschen. Es wird damit gerechnet, daß 3 Millionen Bäuerinnen und Bauern in den folgenden 10 Jahren ihre Existenzgrundlage verlieren werden.

Zapata



¡Viva!





Comandante Marcos: «En nuestras filas hay evangélicos, católicos, ateos y hasta brujas...las brujas chiapanecas».

NAFTA und die Interessen der USA

Am 1. Januar 94 trat das nordamerikanische Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement) in Kraft. Der Vertrag zwischen den USA, Kanada und Mexiko soll mit dem Aufheben der Zollschranken das korrupte mexikanische Regime und die Macht US-amerikanischer Konzerne in Mexiko zementieren. Ziel der USA und Kanada sind außerdem das Herunterschrauben der Löhne und Eingriffe in die Arbeitsrechte der ArbeiterInnen in ihren Hoheitsgebieten.
Um die Folgen und Absichten, die hinter NAFTA stehen zu verstehen, muß mensch sich die Situation in Mexiko und gerade auch im Norden Mexikos ansehen. Mexiko wickelte schon bevor das NAFTA-Abkommen in Kraft trat 70% seines Außenhandels mit den USA ab (umgekehrt sind es nur 7). 2/3 aller ausländischen Investitionen in Mexiko stammen aus den USA. Ein großer Teil des Außenhandels mit den USA sind grenzüberschreitende Transporte von einer US-Firma zur anderen. Die größten mexikanischen Exportfirmen heißen Ford und General Motors. Ausnahme ist der staatliche mexikanische Ölkonzern PEMEX. Das alles heißt, daß der Vereinnahmungsprozeß der US-amerikanischen Wirtschaft, der schon seit langem läuft, nun vertraglich festgeschrieben wurde. Der Vertrag, der am 1.1.94 in Kraft trat, sieht vor, innerhalb der nächsten 15 Jahre die Einfuhrzölle der beteiligten Staaten schrittweise abzuschaffen.
Schon seit den 60er Jahren hat sich an der Grenze zwischen den USA und Mexiko ein breiter Industriegürtel angesiedelt. Neben Chemie- und Erdölwirtschaft machen, wie schon ober erwähnt, US Montagebetriebe den größten Teil der Produktion aus. Die 500.000 MontagearbeiterInnen (zu 80% sind es Frauen) auf der mexikanischen Seite arbeiten unter katastrophalen Bedingungen. Umweltbestimmungen, scheinen die dort angesiedelten Betriebe kaum zu interessieren. Außerdem beträgt das Lohnniveau ungefähr 1/8 dessen, was in den USA bezahlt wird. US Firmen schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Erstens werden sie weiter Betriebe nach Mexiko verlagern, weil die Produktion dort billiger ist, zweitens machen sie mit der Drohung weiterer Auslagerungen Druck gegen US-ArbeiterInnen, wenn diese "zu viel" verlangen. Ziel ist eine deutliche Senkung des Lohnniveaus in den USA. Das soll dann die Wettbewerbsfähigkeit der USA gegenüber Westeuropa und Japan erhöhen.
"Es gibt keinen Gewerkschaftführer in der US-Industrie, dem am Verhandlungstisch noch nicht gesagt wurde, daß die Jobs seiner MitgliederInnen nach Mexiko verlagert werden, wenn er zuviel verlangt." hieß es in der International Herald Tribune. Die US-Wirtschaft hofft außerdem darauf, mit NAFTA die politische Entwicklung in Mexiko zementieren zu können. Die schon vorhin erwähnte International Herald Tribune nennt NAFTA ganz offen "ein mexikanisches Investitions-Garantie-Gesetz". Dahinter steckt die Angst, daß bei einem Regierungswechsel ihre Firmen ganz einfach konfisziert werden könnten. Mit dem NAFTA-Abkommen ist im Falle des Falles eine Verstaatlichung von Firmenniederlassungen nicht länger nationale Angelegenheit Mexikos sondern der Bruch eines völkerrechlich verbindlichen Vertrages.
Für den Süden Mexikos heißt der Wegfall von Schutz zöllen, daß die dort angesiedelte Landwirtschaft ruiniert wird. Die Produkte der US-amerikanischen Agrarindustrie (ihrer maschinellen Landwirtschaft, Monokulturen in gigantischem Umfang und industrielle Weiterverarbeitung) werden nach Mexiko hinein schwämmen. Die mexikanische Landwirtschaft, besonders die Klein- und Kooperativbauern und Bäuerinnen, ist dieser Konkurenz chancenlos ausgeliefert. Diese werden zur Flucht in den Norden Mexikos und in die USA genötigt, da sie im Süden, außer in der Landwirtschaft, keine Existenzgrundlagen haben. Sie sthen dann im Norden als billige Arbeitskräfte zur Verfügung.

Barry Feinberg (südafrikanischer Schriftsteller)

Wir stehen bewaffnet auf eigenem Boden

Erinnere dich an die qualvollen Jahre
(werden sie je vorübergehen?)
Tränen und Blut wie Regen
(aber wir bluten immer noch!)
Diese Sintflut lähmte unsere Väter,
verdünnte die Milch unserer Mütter,
machte die Hitze junger Söhne lauwarm.

Fett wurde das Land von der Ausplünderung,
die Geldgeber rafften reiche Ernte:
eine Diebesherrschaft auf Ketten angewiesen.
Menschenknochen wurden zu Pflastersteinen gehauen,
das Mark diente als Mörtel,
Menschenschweiß ließ Gefängnisse wachsen,
und Muskeln ernährten Millionäre.

Wenn wir jetzt zurückblicken
durchstechend mit scharfen schwarzen Augen,
wenn wir bewaffnet auf unserem Boden widerstehen
fest auf unseren Füßen aus Stahl,
wägen wir unsere gerechte Sache gegen unseren Blutzoll ab
und überschlagen die Kosten des heiligen Weges
von der Unterdrückung zur Freiheit.



Mexiko, 25.1. Ein Stimmungsbild

Dieser Bericht kann nur subjektiv sein. Er beruht auf Pressemitteilungen und vor allem persönlichen Gesprächen mit Radikalen, die innerhalb staatlicher Institutionen arbeiten oder in Basisgruppen, radikalen Gewerkschaften bzw. der Bürgerbewegung zur Unterstützung der Kämpfe in Chiapas aktiv sind.

Es gab schon immer eine Guerilla in Südmexiko. Alle Jahre wieder kam es zu es bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Militär und Guerilla (zuungunsten letzterer). Die mexikanische Gesellschaft wußte von der Existenz der Guerilla, aber trotzdem waren alle überrascht von der Intensität und Dauer der Kämpfe seit Jahresbeginn. Selbst die radikalen Linken hielten derartige Aktivitäten in dem scheinbar stabilen Mexiko nicht mehr für möglich. Während anfangs durch Regierung und Militär das Bild vermittelt wurde, es handele sich nur um ausländische Terroristen, und die Lage in der umkämpften Region sei unter Kontrolle, zeigte sich nach und nach, daß a)die Kämpfe zwischen EZLN und Armee anhielten; b) das Militär in der unvertrauten Region unsicher war; c) die Bevölkerung die Guerilla schützt; d) die Guerilla offensichtlich auch aus staatlichen Strukturen heraus Unterstützung erfuhr.

Ein us-amerikanischer Militärexperte (Journalist) kritisierte, daß die mexikanische Armee nicht in der Lage sei, mit derartigen Konflikten offensiv umzugehen. Das Massaker an Guerilla und Bevölkerung sei Ergebnis dieser strukturellen Unfähigkeit. Nach Einschätzung Radikaler sind die Massaker auf die Verunsicherung innerhalb des Militärs zurückzuführen, das konzeptlos mordet, weil es in der Auseinandersetzung mit der EZLN nicht durchblickt. Fotos von Journalisten aus Chiapas bestätigen die Liquidierungen an Bevölkerung/Guerilla. Ein Bürgerbewegter berichtete von Verstümmleungen an den Geschlechtsteilen bereits ermordeter Indios. Die Guerilla bleibt weiterhin aktiv, veröffentlicht kontinuerlich Kommuniques, welche in der mexikanischen Öffentlichkeit mit großem Interesse gelesen und diskutiert werden.

Innerhalb von 2 Wochen hat sich die politische Landschaft zuungunsten der Regierungspartei (PRI - Partei der institutionalisierten Revolution) verändert. Die Widersprüche innerhalb der seit Ewigkeiten herrschenden Partei treten offen zutage. Anstelle einer Friedensinitiative für Chiapas, so witzelt man, bräuchte man eine Friedensinitiative für die PRI. Mexikostadt erlebt täglich zwischen 8 und 15 Demos aus Solidarität mit Chiapas, die in Presse, Fernsehen und Radio unterschlagen werden. Die Demos werden traditionell stark von Frauen mit Kindern getragen. Sie sind häufig diejenigen, die die Demos organisieren und das Interesse der gesamten Familie nach außen tragen. Eine Kündigung der Arbeitsplätze wegen Teilnahme an einer solchen Demo ist für die Familie nicht zu verkraften, so erklärt sich u.a. die Abwesenheit der Männer. Organisiert sind die Leute in Gewerkschaften (syndicatos), die nicht vergleichbar mit den deutschen Gwerkschaften sind. Salinas, der Präsident (PRI), wird auf den Demos als Terrorist bezeichnet, die bewaffneten Indios als Brüder. Am 13.1. demonstrierten 25.000 Menschen gegen Salinas und für Chiapas. Der Sitz des Präsidenten wurde mit "Mörder" besprüht. Auf Transparenten ist es nicht unüblich, bewaffnete Frauen mit Kind abgebildet zu sehen. Auch das Bild von Emilio Zapata wird oft getragen. Eine der Hauptforderungen Zapatas in den Zeiten der Revolution war die Verteilung von Land an die Indios/Campesinos, für die er bewaffnet kämpfte. Sowohl die radikale Linke als auch die offizielle Politik bezogen sich bislang auf Zapata. Die einen legitimierten damit ihre Politik einer institutionalisierten Revolution, die anderen sahen in ihm einen, der sich nicht korrumpieren ließ. Mit dem Namen EZLN (Befreiungsheer Emilio Zapata) wird Zapata plötzlich wieder lebendig. (Von einer Anwesenheit anarchistischer Gruppen auf den Demos oder innerhalb der Kämpfe ist mir bislang nichts bekannt, was aber nichts heißen muß bei einer ausschnitthaften Wahrnehmung).

Kommen wir zur EZLN selbst. Ihre Positionen bleiben, soweit ich das bisher wahrnehmen konnte, im nationalen Rahmen und beanspruchen keine internationalen Veränderungen. Den Kämpfenden, zum Teil 15-Jährige, auch bewaffnete Frauen, geht es um die Verbesserung ihrer Situation als IndianerInnen (Tzotziles/Tzetzales/...). So sterben Tausende von ihnen an ganz normalen Krankheiten, es gibt kein Wasser, wenig oder gar nichts zu essen. Da sie sowieso sterben, können sie auch kämpfend sterben, so die Guerilla. Eine andere Möglichkeit gibt es aktuell gar nicht. Sie sagen, daß es nicht sein kann, daß der Strom für ganz Mexiko zwar in Chiapas erzeugt wird, sie aber verhungern müssen. Aus eben diesem Grund wenden sich die Indios gegen den freien Markt, den Salinas in Zusammenarbeit mit den USA und Kanada anstrebt, und in dem Mexiko eine wichtige Funktion für den zu erschließenden Markt in Zentral- und Südamerika einnimmt. Der freie Markt, so die Indios, mache sie nur schneller kaputt. Der Zeitpunkt für die Aktivitäten der EZLN ist insofern geschickt gewählt, als hier in Mexiko Wahlen anstehen, bei denen Salinas sich schon als der sichere Sieger sah und seine Politik des freien Marktes absegnen lassen wollte. Von diesen Wahlen hält die EZLN nichts. Sie fordert, daß Salinas verschwindet und daß es echte Wahlen gibt. Darunter versteht sie demokratische Wahlen, in denen der Präsident direkt durch das Volk gewählt und nicht durch Salinas festgelegt wird. Salinas hatte bereits einen Nachfolger für sich bestimmt, der als seine Marionette gilt. Salinas Projekt des freien Marktes ist vom Auftreten der EZLN bedroht, denn mit ihren Forderungen haben sie einen Nerv des korruptem Systems getroffen. JedeR scheint die Forderungen zu verstehen, wenn nicht gar zu befürworten. Mexiko, so Salinas Projekt, ist als Nahtstelle für den Handel mit Süd/Zentralamerika vorgesehen, da die USA mit zu vielen Widerständen rechnen muß und die Industrialisierung/Handel = Ausbeutung nicht direkt vornehmen kann. Die Idee Salinas ist dabei natürlich, daß Mexiko auf diese Weise von der Ausbeutung Lateinamerikas profitiert. Dem liegt die Einschätzung



zugrunde, daß die vormals von den USA aufgebauten Diktaturen in Lateinamerika a) den Widerstand niemals wirklich auslöschen konnten und b) daß die Gegnerschaft zu den "gringos" trotz, bzw. auch wegen der Diktaturen bestehen blieb. Die "Demokratisierung" Lateinamerikas ist insofern im Interesse der USA, um neue Zugänge nach Lateinamerika zu schaffen und die Wege für nähere Beziehungen zu ebnen. Unabhängig davon, ob LateinamerikaspezialistInnen in der BRD (zu denen ich nicht gehöre) diese Einschätzung radikaler Linker teilen werden, erklärt die EZLN, daß es in Lateinamerika keine freie Wahlen gibt, ebensowenig wie eine Demokratisierung: Hunger und Elend sind überall gleich geblieben.

Die Aktivitäten der EZLN werden innerhalb eines Teils der Bürgerbewegung als Signal für neue Kämpfe aufgefaßt, und man richtet sich auf längere Auseinandersetzungen ein. Die Guerilla ließ in einer Erklärung verbreiten, daß die Bürgerbewegung ihre Aktivitäten fortführen soll und daß die Armen ihre eigenen Interessen formulieren und dafür kämpfen müssen. Die Bürgerbewegung/syndicatos unterstützt die Guerilla erstmal, weil ihre Forderungen richtig sind. Aber man ist auch vorsichtig, denn noch scheint niemandem klar zu sein, wie sich alles weiter entwickeln wird. Einerseits glauben einige, daß dies der Beginn neuer Kämpfe ist, die sich nach Zentralamerika ausbreiten könnten (in Guatemala existiert die Guerilla seit 30 Jahren). Dem widersprecht aber eine andere Einschätzung, derzufolge die internationale Guerilla (Lateinamerikas) kein Interesse an einer EZLN in Mexiko haben könnte, da letzteres für sie ein neutrales Land ist, in dem Kontakte zu anderen Gruppen möglich sind. Daß der Geheimdienst in Mexiko (der in sich gespalten ist) von der Entstehung der EZLN in diesem Ausmaß nichts gewußt haben soll, wird damit begründet, daß eine Infiltration der Guerilla schwierig gewesen sei, da diese seit mindestens 10 Jahren innerhalb sozialer Strukturen (Dorfgemeinschaften oder ähnliches) Schritt für Schritt aufgebaut wurde. An der Entstehung der Indioguerilla mitgewirkt bzw. sie unterstützt haben offensichtlich sowohl Anhänger der Theologie der Befreiung (mit Kirchenstrukturen) als auch Maoisten, welche auf lokaler Ebene angeblich einige Gemeinde(...?)tionen unterwandert haben sollen und somit Gelder abzwacken konnten. Bestätigt wird allgemein sehr zum Schrecken der PRI, daß die Unterstützung der Guerilla auch aus ihren eigenen Reihen kam.

Aktuell wird die Situation in Mexiko als politisch offen bezeichnet und zwei Möglichkeiten der weiteren Entwicklung gesehen. Da die PRI in einer ihrer größten Krisen steckt und die altbekannten Machtblöcke auseinanderzufallen drohen bzw. sich in verschiedene Interessen zersplitten, ist ein Vakuum entstanden. Einerseits werden hier die Chancen ausgemacht, eine echte Demokratisierung im Sinne der EZLN einzuleiten und die Macht der als korrupt betrachteten PRI zu brechen. Andererseits wird die Gefahr gesehen, daß z.B. die Scheinamnestie von Salinas, mit der er sich zwar international gut darstellt, aber welche nach innen keinerlei Bedeutung hat, nur eine Vorbereitung der Repression gegen den allgemeinen Widerstand sein könnte. Bei unklaren Verhältnissen besteht die Möglichkeit, daß das Militär die Initiative ergreift. Eine Diktatur ist nicht auszuschließen. Auf die Frage, ob es sich um eine revolutionäre Situation handele, wurde mit Skepsis reagiert. Allenfalls, so eine Einschätzung, sei eine Demokratisierung möglich. Da aber die Entwicklung derzeit noch so offen ist, die Armut aber groß und der Hunger nach Veränderung nicht geringer, kann niemand eine endgültige Aussage treffen. Chiapas, den Aufstand der Indios habe schließlich auch niemand erwartet. In Deutschland müsse man sich selbst überlegen, wie die Kämpfe um Chiapas zu unterstützen seien, bei Schweinereien empfehlen sich Aktionen an den Botschaften und die Beobachtung des staatlichen Verhaltens gegenüber den Indios und den anderen sozialen Kämpfen.

Kontaktmöglichkeit: Movimento Mexicano por la Paz, el Antiimperialismo y la solidaridad, Playa Regatas No. 302, Barrio Santiago Sur, Deligation Intacalo, C.P. 08800 Mex. D.F. Tel: 6966055 Fax: 6966100

Wer nicht sucht, der auch nichts findet!!!

Anzeige gegen die BRD wegen Beihilfe zum Völkermord vom Bundesgerichtshof abgelehnt

Die bundesdeutsche Justiz ist nicht bereit, dem Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord der gegen die BRD-Regierung gerichtet ist, ernsthaft nachzugehen. Das zahlreiche Beweismaterial das mehrere Rechtsanwälte, deren Vertreter der Bremer Anwalt H.E. Schultz ist, zusammen getragen wurde, wurde gar nicht erst richtig bearbeitet(noch nicht einmal die in der Klage erwähnten Videobänder wurden angefordert). Die Justizbüttel suchten dafür die direkte Rücksprache mit "zuständigen"Stellen in der Türkei und in der BRD, d.h. bei Stellen gegen die die Anklage gerichtet ist.

Die 100seitige Strafanzeige, von mehreren Menschenrechtsorganisationen, den Grünen, StrafverteidigerInnen und anderen politischen Gruppen getragen, die zahlreiche Opferberichte, Fotos, AugenzeugInnenberichte und anderes Beweismaterial umfaßt, reichte nicht aus, um das Geklüngel staatlicher Stellen zu durchbrechen. "Es fehlt die Instanz in diesem sog. Rechtsstaat, die die Zusammenhänge zwischen Politik, Justiz, Wirtschaft und Geheimdiensten unter Hinweis auf die Bildung einer kriminellen Vereinigung überprüfen würde", schrieb selbst die Grüne Angelika Beer(MdB) im ND zu diesem "Nicht"verhalten.

Seit 10 Jahren wird in der Türkei/NW-Kurdistan ein Vernichtungs-krieg gegen das kurdische Volk geführt. Die türkische Regierung, die den 83Tage andauernden einseitigen Waffenstillstand der PKK mit noch mehr Massakern beantwortet hat, bombadiert heute mit militärischer Hilfe aus der BRD, Frankreich und anderen NATO-Staaten jeden Tag kurdische Dörfer, anbaufähiges Land und sogar Städte(wie Lice u. Sirnak im letzten Herbst). Durch diese Bombardierungen und Vertreibungsaktionen wurden seit 1984 circa 12000 Menschen ermordet, über 800 Dörfer zerstört und circa 1,7 Millionen Menschen zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht.

Wer diese Tatsachen ganz einfach ignoriert, oder als Kampf gegen "Terroristen" bezeichnet, macht sich mitschuldig des Völkermordes an den KurdInnen.

Die BRD unterstützt den Völkermord mit vielerlei Mitteln.

Nicht zuletzt die Tatsache, daß die BRD das einzige Land ist das durchgängig seit 1964 der Türkei im Rahmen der NATO mit Verteidigungshilfe, Materialhilfe u. Sonderhilfe(das teilweise unentgeldlich)ausstattet, beschreibt die Mitverantwortung die die BRD an dem bestialischen Krieg in NW-Kurdistan hat. Jährlich bekommt die Türkei "Verteidigungshilfen" im Wert von 86,6Millionen DM!!!

Die Beihilfehandlung staatlicher deutscher Stellen und den Verantwortlichen der Rüstungskonzerne liegt demnach vor allem in der Lieferungen von Waffen aller Art, getarnt als sog. NATO-Ausrüstungshilfe, wonach die Waffen dann gemäß Art.6 des NATO-Vertrags nur zu NATO-Zwecken verwendet werden dürfen.

Was aber hat die Zerstörung von Städten wie z.B. Lice, die Ermordung u. Vertreibung tausender Menschen von ihrem Land mit NATO-Zwecken zu tun ?

Der türkische Außenminister verwies im letzten November gerade in Fragen von Millitärhilfe auf ein 1991 festgelegten Beschluß, wonach auch Terror und Sabotageakte als Angriffe auf die Allianz zu werten sind. Ganz klar, für die offizielle Türkei sind seit je her ALLE KurdInnen TerroristInnen.

Außerhalb direkter militärischer Unterstützung steht die intensive Kooperation der Polizeien der BRD und der Türkei. Bereits einige Tage nach dem Militärputsch in der Türkei 1980, der "zufällig" während eines NATO-Manövers stattfand, spendierte die Bundesregierung erstmals 1Mio.DM Ausrüstungshilfe für die türkische Polizei. Ihre Grenz- u. Polizeistationen sind mit Computerzubehör der Firma Siemens ausgestattet. Im Juni 1985 hielt sich die gesamte Spitze der türkischen Polizei auf Einladung der Bundesregierung in der BRD auf. Auf dem Programm stand ein Besuch beim BKA, ein Treffen beim Bundesinnenministerium und ein Besuch bei der GSG9. Im selben Jahr stellt die Türkei eine Elitetruppe zusammen, die heute 3000 BeamtInnen umfaßt. Die sog. schwarzen Käfer, die in der Türkei einfach "Rambos"genannt werden. Die Ausbildung von 2 ihrer Komandoeinheiten zur Bekämpfung kurdischer SeperatistInnen fand bei der GSG9 statt.

Neben der Polizei gibt es in Kurdistan noch circa 40000 Dorfschützer größtenteils mit G6-Gewehren der Firma Heckler u. Koch bestückt.

Doch die Bundesregierung bleibt dabei: Deutsche Waffen werden in in den innerstaatlichen Konflikten der Türkei nicht eingesetzt. Die scheinheilige bundesdeutsche Justiz, die sich z.Zt. erdreistet, einen in Deutschland lebenden Serben wg. Völkermordhandlungen vor ein deutsches Gericht schleifen zu wollen, sieht keinen Grund dafür, die Völkermordanklage gegen die Bundesregierung zuzulassen. Die AnwältInnen, die die Klage vertreten haben jetzt Dienstaufsichtsbeschwerde gestellt. Außerdem wollen sie die Klage jetzt vor den europ. Menschenrechtsgerichtshof tragen. So bleibt wenigstens der öffentliche Druck auf die BRD-Regierung erhalten.

Für uns kann das nur heißen, nichts irgendwelchen höher gestellten Institutionen zu überlassen, sondern selbst weiter Öffentlichkeit zu schaffen gegen den Völkermord in Kurdistan, die perversen Sicherheitsvorstellungen der NATO und gegen diejenigen hier, die die türkische Kurdenpolitik mit Verboten von Kultur u. Flüchtlingsorganisationen, Kriminalisierung u. Abschiebung weiterbetreiben.

Deutschland einig Vaterland

Alte Männer ,alte Taten an historischen Orten im neu/alt-deutschen Gewand

Immer gehäufter treten Appelle an das nationale Gefühl und Bewußtsein der Bevölkerung in den Medien und bei Verlautbarungen "unserer" PolitikerInnen und WirtschaftsvertreterInnen auf. So ist die "Erhaltung des Wirtschaftstandortes Deutschland" im Moment für diese Klasse das vorderste Ziel. Da dies anscheinend nur durch ein kollektives Nationalbewußtsein zu erreichen ist, wird versucht die Bevölkerung durch eine anhaltende Kampagne auf nationale Linie zu trimmen. Dies geht einher mit einer bewußten Geschichtsverfälschung und Verwischung der Opfer/Täterrollen des "dritten Reiches". So unteranderem geschehen mit der Errichtung und Einweihung der "Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik" in der Neuen Wache Berlin. Mit deren Installierung ein Kapitel der "Schuldbessenheit" ein endgültiger Schlußpunkt gesetzt werden soll. Denn nun ist es für alle klar ersichtlich, Opfer des Nationalsozialismus waren nicht die Millionen von ermordeten jüdischen Menschen, Sinti, Roma oder alle nichtdeutschen ermorderten, gefolterten, vertriebenen menschen, sondern in erster Linie "wir" Deutschen. Dregger (CDU/CSU) präzisiert dies in seiner Rede vom 25.4.86. (Debatte zur errichtung einer nationalen Gedenkstätte) in seiner aufzählung der deutschen opfer ("seit 1914: 300.000 deutsche starben seitdem als rassisch,religiös und politisch Verfolgte, 500.000 Deutsche starben als Opfer des gegen die Zivilbevölkerung geführten Bombenkrieges, 2,2 mio. Deutsche starben als Opfer von Flucht und Vertreibung, 2 mio. deutsche Soldaten starben im ersten Weltkrieg, 3,2 mio. deutsche Soldaten starben im zweiten Weltkrieg").

So braucht sich die deutsche Nation ihrer Vergangenheit nicht zu schämen und kann sich zur Lösung, der auf sie zukommenden Probleme (Sicherung des Wirtschaftstandortes, Schutz und Ausbau der neuen/alten Weltordnung .....) wieder auf ihr nationales Bewußtsein zurück besinnen. Einher geht dies mit einer Zurückbesinnung auf alte Werte.
Politiker wie Herzog, können sich in dieser Zeit als liberale Präsidentschaftskandidaten profilieren. Über solche "Kleinlichkeiten", wie



seine langjährige Zusammenarbeit mit dem Altfaschisten Maunz wird geflissentlich hinweggesehen. Die Enthüllungen des DVU-vorsitzenden Frey, daß Maunz bis zu seinem Tode Freund und juristischer Berater der nationalfaschistischen DVU war, kommentierte Herzog nur in dem er sagte, daß er menschlich von ihm (maunz) enttäuscht sei. Allerdings sieht er wahrscheinlich zu Recht keine inhaltliche Diskrepanz zwischen seiner Auffassung, der Verfassung der BRD und des gesamten brd-deutschen Rechtsystemes, und der seines langjährigen Freundes. Herzog und Theodor Maunz schrieben zusammen mit dem rechten Staatsrechtler Scholz, sowie eines Herrn Dürings die Bibel der Grundgesetzinterpretationen. Dieses Buch (Der Grundgesetz-Kommentar von Maunz/Düring/Herzog/Scholz) ist eine der Pflichtlektüren in der bundesdeutschen JuristInnenausbildung. Welche geistige Grundhaltung dadurch eine Fortführung in der Ausbildung brd-deutscher JuristInnen findet ist nur zu offentsichtlich.

Hier noch einige Daten zu Theodor Maunz:
vor 1945: Prof. für öffentliches Recht in Freiburg/Br. führender faschistischer Verwaltungsrechtler; führte den Rassengedanken in das Verwaltungsrecht ein und rechtfertigte den faschistischen Vernichtungs- und Unterdrückungsapparat.
nach 1945: 1952 Prof. für öffentliches Recht an der Universität München;
1954-1957 Kultusminister in Bayern; mußte am 10 Juni 64 zurücktreten ....(aus Braunbuch Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik)

Oder noch ein weiteres Beispiel deutscher Kontinuität in Politik und Wirtschaft ,Herrmann Josef Abs "der deutsche Großbankier". Ein Mann der 1994 im Alter von 92 Jahren gestorben ist, allerdings anscheinend offiziel erst im Jahre 1945 das Licht der Welt erblickt hat. Kaum war der große Mann der deutschen Hochfinanz tod, überschlugen sich die Medien (ARD-Sonderbericht...), PolitikerInnen, sowie WirtshaftsvertreterInnen und kath. Kirchenvertreter mit Huldigungen an diese Person. Sie hoben seine wichtige Rolle bei dem "Wiederaufbau" der deutschen Wirtschaft und als Kunstmäzen hervor. In seiner Trauerrede bestätigte Bischof Schlembach(Speyer) Abs, stets ein vorbildliches christliches Leben geführt zu haben, denn "Nie habe er (Abs) vergessen, daß es höhere Reichtümer für denn Menschen gebe: Wahrheit, Gerechtigkeit,......und als höchsten Reichtum die Gemeinschaft mit Jesus Christus, seinem Vater und seiner Kirche" In dieser Grabrede offenbaren sich wieder einmal die hohen christlichen Werte der offiziellen Kirche, die in diesem Land schon immer auf der Seite der Ausbeuter und faschistischen Massenmörder gestanden hat und der es nur um ihre eigene Macht und Größe geht.

Aber wer war Hermann J. Abs wirklich ?
Oder vielmehr gefragt, was war er zwischen 1933 und 1945 ?
1937 wurde Abs in den Vorstand der Deutschen Bank gewählt und war dort ab 1938 hauptsächlich mit der "Arisierung" jüdischen Vermögens beschäftigt.
Durch eine Tätigkeit bei der Deutschen Bank, besetzte er schon während des Naziregimes Aufsichtsrats- und Vorstandposten bei verschieden Banken, sowie Wirtschaftsunternehmen. Dadurch zeichnet er unteranderem für die Errichtung des Chemiewerkes Buna, durch die Interessengemeinschaft Ausschwitz, verantwortlich. In diesem Werk wurden KZ-häftlinge und ausländische Zwangsarbeiter systematisch durch "Arbeit bis zur völligen Erschöpfung" ermordet.
Daher kann Abs wohl als der "führende Bankier der Welt" (Rockefeller) während seiner ganzen Wirkungepoche und nicht nur erst seit 1945 bezeichnet werden.

Dies sind nur einige Punkte/Personen in einer langen Liste von gezielt geschichtsrevisionistischer Ereignisse und hervortretenden faschistischen Gedankengutes, der offiziellen BRD-VertreterInnen.-

Prädikat besonders verwertbar

Unverhohlen treten PolitikerInnen mit der Forderung nach einem neuen nationalen Bewußtsein in die Öffentlichkeit. Einher geht dies mit einer bewußt geschürten Angst vor dem Verlußt der deutschen Identität, die sie durch eine übermäßige "Überfremdung" in Gefahr gebracht sehen. Dies findet unteranderem auch ihren Ausdruck in der anhaltenden "Abtreibungs-" sowie "bioethnischer" Debatte, In der, von den hier Herrschenden, den Frauen das Recht auf eigenverantwortliches Handel von vorne herein abgestritten wird. Demgegenüber wird schwangeren Frauen, bei denen zu erwarten ist,

daß sie ein behindertes Kind zur Welt bringen, eine Abtreibung (bis in die 24 Schwangerschaftswoche) nahegelegt, bzw. unter den Hinweisen auf die zu erwartenden hohen Belastungen fast schon die Abtreibung aufgezwungen . Hier geht es um die Verwertbarkeit der Menschen und behinderte Menschen stellen, nach offizieller Lesart, für die "Volksgemeinschaft" nur eine Belastung dar. Wie mit Menschen aus "sozialschwachen" Verhältnissen, "nichtdeutschen" Menschen..... verfahren wird, wollen wir hier garnicht erst, noch weiter ausführen.

SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose, Obdachlose etc. werden als "Sozialschmarotzer" denunziert und es wird verstärkt versucht diese Menschen, durch Zwangsbeschäftigungsmaßnahmen wie Ernteeinsätze etc. für die "Volksgemeinschaft" wieder verwertbar zumachen. Damit sollen auch gleichfalls, die bisher in diesen Berufzweigen tätigen, ausländischen SaisonarbeiterInnen von diesen *Erwerbsmöglichkeiten* ausgeschlossen werden.
Allerdings treffen diese Kampagnen und Appelle immer verstärkter auf eine hohe Akzeptanz und Aufnahmebereitschaft in der deutschen Bevölkerung. Jetzt nach der deutschen **Wiedervereinigung** tritt der schon immer latent vorhandene Rassismus unverblümt hervor, denn mit der Erstarkung des neu/alt-deutschen Nationalgefühles braucht er nicht mehr länger versteckt zu werden.

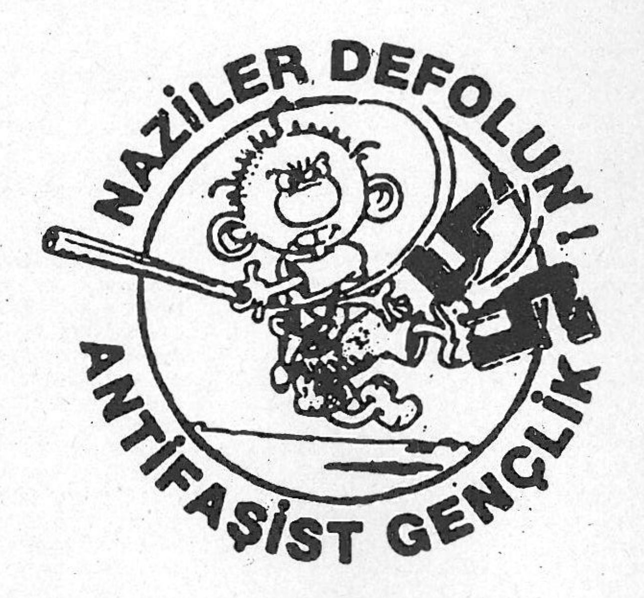
Mit ihm kann nun nach belieben Politik, im Sinne der hier **Herrschenden, gemacht** werden, um damit die Kontinutät im Fortbestand Deutschlands zu gewährleisten

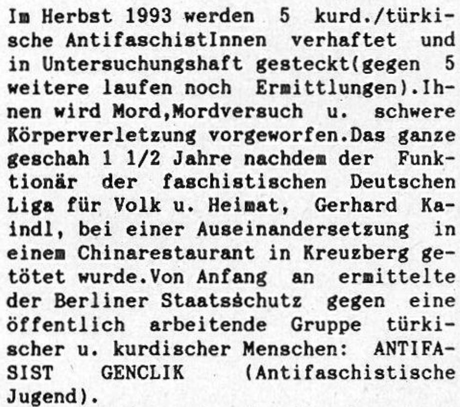
also, bis dann
fuck the nation
(rote Dino's)



Staatsterror gegen ImmigrantInnen

Informationen zur Kriminalisierung von türk./kurdischen AntifaschistInnen





Im Herbst 1993 werden 5 kurd./türkische AntifaschistInnen verhaftet und in Untersuchungshaft gesteckt(gegen 5 weitere laufen noch Ermittlungen).Ihnen wird Mord,Mordversuch u. schwere Körperverletzung vorgeworfen.Das ganze geschah 1 1/2 Jahre nachdem der Funktionär der faschistischen Deutschen Liga für Volk u. Heimat, Gerhard Kaindl, bei einer Auseinandersetzung in einem Chinarestaurant in Kreuzberg getötet wurde.Von Anfang an ermittelte der Berliner Staatsschutz gegen eine öffentlich arbeitende Gruppe türkischer u. kurdischer Menschen: ANTIFASIST GENCLIK (Antifaschistische Jugend).

Schon damals wurde mittels Pressehetze,Hausdurchsuchungen u. Vorladungen versucht diese Gruppe zu kriminalisieren und als Tätergruppe aufzubauen.ANTIFASIST GENCLIK ist eine Gruppe,der es seit 1991 gelingt,viele türk./kurdische Jugendliche zu antifaschistischen Veranstaltungen zu mobilisieren, mit dem Ziel, die Gewalt unter verschiedenen Jugendgangs zu beenden und sich für ein solidarisches Miteinander u. gegen den staatlichen u. tagtäglichen Rassismus einzusetzen. Durch ihre Arbeit haben diese AntifaschistInnen es geschafft, daß in Berlin eine starke Antifaschistische Bewegung entstehen konnte.

Bei den Ermittlungen arbeiten der Berliner Staatsschutz und die Polizei mit rabiaten Hausdurchsuchungen,offenen Observationen,Drohungen und Einschüchterungen.Dutzende von Menschen werden durch Zeugenvorladungen genervt und unter Druck gesetzt.

Zu guter letzt kommt noch raus, daß der faschistischen Deutschen Liga die Namen und Adressen der mutmaßlichen TäterInnen durch Polizei und Staatsschutz weitergegeben wurden.Bei den über 75 Morden von Faschisten seit '89 kann in der Regel nicht annähernd von einem solchen Aufwand gesprochen werden.Faschisten kriegen höchstens dann Prozesse die mit der Aburteilung von Linken vergleichbar sind,wenn das Ansehen der BRD im Ausland auf dem Spiel steht,bzw. die BRD besondere Beziehungen zu den Staaten deren StaatsbürgerInnen Opfer von deutschen Straßenfaschistinnen werden unterhält (USA,Türkei). DAS zeigt sich in den Verfahren gegen die mutmaßlichen Täter von Mölln,Obersuhl u. Solingen. Der Umstand, daß in der BRD mit StraßenfaschistInnen umgegangen wird wie mit "ungezogenen Verwandten"(R. Giordano), hat Tradition. Auch ist es nicht verwunderlich, daß eine solch massive Repression jetzt ImmigrantInnen trifft,besonders dadurch, daß diese sich hier gegen die immer weiter ausufernden staatliche(Polizei,Ausländerbehörde,Staatsschutz) u. gesellschaftliche (StraßenfaschistInnen,Bürgermob) Repressalien zur Wehr setzen und sich organisieren.Der Angriff auf die Menschen, die sich in der ANTIFASIST GENCLIK organisiert haben genauso wie das Verbot der Kurdischen Kulturvereine macht klar,daß der Staat hier den ImmigrantInnen keinen Raum lassen will, wo sie sich organisieren bzw. in ihren gewählten Zusammenhängen einfach nur Mensch sein können.

ANTIFASIST GENCLIK schreibt zur Situation der ImmigrantInnen in der BRD: Dieser rassistische Staat, unterm Deckmantel der "Multi-Kultur" unternimmt jede Anstrengung, um ImmigrantInnen aus mehreren Generationen, zu zeigen, das sie hier nichts zu suchen haben.Tag für Tag bekamen und bekommen "ausländische" Menschen zu spüren was es heißt, in Deutschland zu leben, in Deutschland zu sterben.Deutsche in ihrem Element!

Die ImmigrantInnen sehen sich einer Welle von menschenverachtender Gewalt konfrontiert, die sie persönlich vorher in diesem Ausmaß nicht erlebt haben.(...) Es ist für Teile der deutschen Bevölkerung kein Problem mehr,offen für Lösungen einzustehen, die den Vergleich mit den Methoden der Nationalsozialisten nicht zu scheuen brauchen, wenn es darum geht, ihre Angst vor "Überfremdung" und "Asylantenschwemme" zu bändigen.Schon einmal wurde der Welt gezeigt, was Deutsche im Stande sind zu schaffen- in der Ermordung von 6 Millionen europäischen JüdInnen.Und heute vergeht kein Tag, wo nicht ein Mensch aufgrund seiner Überzeugung, Hautfarbe oder seiner Herkunft angegriffen, ermordet wird. Kein Tag vergeht, wo nicht eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen wird. Pogrome gehören wieder in den deutschen Alltag. Aber wie schon damals möchte man erklären, daß es im Grunde das" deutsche Untier" nicht mehr gibt.

All die Morde sollen von "irren, asozialen Hinterwäldlern" begangen worden sein. Das diese "Hinterwäldler"eine immer größer werdende Gruppe in der Gesellschaft stellen, daß gerade die Mehrheit sich mitschuldig macht, indem sie die Gefahr aus der Mitte der Gesellschaft stillschweigend hinnimmt ,mag keineR auch nur annähernd realisieren. "Ich hatte nur mit einigen (...) zu tun, und ihnen gegenüber bildete die vielen, die mir schon als alle erscheinen mußten, eine übergewaltige Majorität(...). Die Vielzuvielen waren keine SS-Männer, sondern Arbeiter, Kartothek-führer, Techniker, Tippfräuleins...- und nur eine Minderheit von ihnen trugen Parteiabzeichen.Sie waren, nehmt alles nur in allem, für mich das deutsche Volk."(Jean Amery über den Nationalsozialismus)

(...)Der Rassismus, dem jeder "ausländische" Mensch, besonders Jugendlicher ausgesetzt ist, kann von Deutschen nicht nachvollzogen werden.Es ist ein großer Unterschied, wenn man als BetroffeneR über Rassismus redet,und dagegen handelt, oder als einE DeutscheR,welcheR bestimmt aufgrund seiner Hautfarbe und Aussehens noch nie ernsthafte Probleme gehabt hat.Solidarität ist eine Waffe, nur leider wird sie zu selten eingesetzt.



Trotz der Repression gegenüber Menschen, "nicht-deutscher" Herkunft, die sich dem rassistischen Normalzustand widersetzen, werden wir als ANTIFASIST GENCLIK unsere politische Arbeit weiterführen, und fordern hiermit aufs schärfste die Freilassung der gefangenen AntifaschistInnen und sofortige Einstellung der laufenden Verfahren.

Wir stellen uns solidarisch hinter die Forderungen der türk./kurdischen AntifaschistInnen,mit dem Bewußtsein, daß die Repression gegen sie eine weitere Verschärfung der Repressionspraxis der hier Herrschenden gegen den Antifaschistischen Widerstand bedeutet.Um dieser Zerschlagungspolitik, die zur Aufrechterhaltung des angestrebten rassistischen Konsens in diesem Land dient, etwas entgegenzusetzen, müssen wir uns organisieren und diese ganze Scheisse an die Öffentlichkeit zerren.Die sich häufenden Verfahren gegen AntifaschistInnen sind Teil einer staatlich gelenkten Anti-Antifa-Politik, die uns ruhigstellen und uns in die Resignation führen soll,...

...doch wer Wind sät,wird Sturm ernten!!!

Die Ermittlungen:

In der Nacht von 4.4. zum 5.4.92 wurde der Funktionär der faschistischen Deutschen Liga,Gerhard Kaindl,bei einer Auseinandersetzung in einem China-Restaurant in Berlin/Kreuzberg getötet.Thorsten Thaler,ein weiteres führendes Mitglied der DL wurde schwer verletzt. Der Berliner Staatsschutz suchte die TäterInnen gleich in sog. "türkisch-arabischen Kreisen".Der Berliner CDU'ler Klaus Lankowski machte sofort "militante Ausländergruppen der linken Terrorszene" verantwortlich.Ins gleiche Horn stieß der Vorsitzende der DL Neubauer und warnt vor ausländischen Terror gegen Deutsche.

Sofort bildet der B. Staatsschutz eine 20(!)köpfige Untersuchungskommision zur Aufklärung des Falls und setzt ein Kopfgeld von 10000DM aus. Nachdem ein schneller Erfolg nicht in Sicht zu sein schien, startete der Repressionsapparat eine erste Terrorwelle.Offene Observationen,Einschüchterung von Menschen türk./kurdischer Herkunft;es finden 10 Hausdurchsuchungen statt,bei denen Türen aufgebrochen und die Wohnungen verwüstet wurden.2 Menschen wurden festgenommen.Einer türkischen Frau wurde offen mit Abschiebung gedroht.Sie wird observiert und bespitzelt.Ein Haftbefehl gegen sie wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt,weil die Beweislage nicht ausreichte.Der Berliner Staatsschutz konnte zu diesem Zeitpunkt keine Erfolge verweisen.

Dann erst im Herbst'93 wurde am zweiten Novemberwochenende Erkan unter bisher nicht geklärten Umständen verhaftet und verhört.Er machte Aussagen, die bisher kein Rechtsanwalt zu Gesicht bekam.Dazu ein Ausschnitt aus einem Redebeitrag der bei Knastkundgebungen vor den Knästen in Berlin/Moabit und Plötzensee gehalten wurde:"Wir wissen mittlerweile, daß Erkan derjenige ist, der die belastenden Aussagen gemacht hat, und wir können das nicht verstehen. Bisher wissen wir nichts darüber, wie diese Aussagen zustande gekommen sind. Wir wissen nur, daß er verdroschen wurde, daß er im Bunker war und daß er mittlerweile in der psychiatrischen Abteilung von Tegel sitzt. Wir werden ihn nicht alleine lassen, bevor wir nicht Antworten auf die Fragen erhalten haben, die wir an ihn haben."

Das war der Beginn der zweiten Terrorwelle. Am Dienstag, den 10. November, durchsuchten Polizei und Staatsschutz ein weiteres Dutzend Wohnungen von AntifaschistInnen, ihrer Angehörigen und Freunde. Einer 22 jährigen Kurdin wird bei einer Durchsuchung eine Dienstwaffe an den Kopf gesetzt. Einer herbeieilenden Nachbarin wird erklärt, das sei eine Terroristin. Mehmet und Fatma werden bei Durchsuchungen festgenommen. Den Eltern eines anderen Gesuchten wird erklärt, daß ihr Sohn "liquidiert" werde, wenn er bei einer Festnahme Widerstand leistet. "Ein Taschenmesser werde als Grund genügen." Haftbefehle existierten zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Die Bullen beriefen sich auf "Gefahr im Verzug".

Zwei Tage später stellt sich Abidin, nach dem auch gefahndet wurde. In Berlin Kreuzberg treten uniformierte und zivile Polizeikräfte verstärkt auf. Der Staatsschutz überzieht KneipenbesitzerInnen, MieterInnen von Infocafes und Andere mit Vorladungen. Observationen Schnüffeleien und Einschüchterungen waren wieder einmal verstärkt an der Tagesordnung. Drei Wochen nach den ersten Verhaftungen wird Bahretin nach einer Wohnungsdurchsuchung festgenommen. Es sind noch mindestens 4 Haftbefehle offen.

Inzwischen hat sich ein Zusammenschluß von UnterstützerInnen, AntifaschistInnen, Freunden und Bekannten gebildet, genauso wie eine ZeugInnengruppe zur Koordination von Vorladungen und ihren Folgen. Es fand eine Knastkundgebung mit 500 Beteiligten statt (und das war seit 2 Jahren die größte Knastkundgebung in Berlin).

Zur Situation der Gefangenen

Fatma sitzt in der Frauenhaftanstalt Plötzensee. Sie sitzt dort seit nunmehr zwei Monaten unter Isolationshaftbedingungen. Dies bedeutet für Fatma, daß sie 23 Stunden eingeschlossen ist, an keinen Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen darf und keinen Umschluß hat.

Hofgang hat sie in einem besonderen Sicherheitshof, und dort dann noch mit Überwachung, die unterbinden soll, daß sie mit anderen Frauen spricht. Wenn sie sich diesen Anweisungen widersetzt, wird der Hofgang sofort abgebrochen und ihr wird mit Arrestzelle gedroht. Bei Besuchen gab es anfangs Berührungsverbot, mittlerweile darf man sie wenigstens an der Hand anfassen. Bis vor kurzem wurde ihr auch eine zweite Frau beim Hofgang verweigert. Dadurch, daß sie sich diesen verschärften Haftbedingungen nicht widerstandslos unterwarf, sondern für ihre Rechte kämpfte, ist sie im Knast bei einigen SchließerInnen nicht sehr beliebt. Sie ist deshalb ständigen Schikanen ausgesetzt.

Mehmet sitzt in der UHA Moabit und hat mit zwei Mitgefangenen zusammen Hofgang, jedoch ebenfalls kein Recht auf Gemeinschaftsveranstaltungen.

Abidin ist auch in Moabit in Haft und hat viermal in der Woche eine Stunde Umschluß mit einem anderen Gefangenen, gemeinsamen Hofgang, jedoch auch kein Recht auf Gemeinschaftsveranstaltungen.

Bahrettin sitzt in der Jugendhaftanstalt Plötzensee. Über seine Situation ist bisher leider noch nichts Näheres bekannt.

Erkan wurde mittlerweile in die psychiatrisch-neurologische Abteilung der JVA Tegel gebracht. Es geht ihm sehr schlecht. Die PN-Abteilung von Tegel ist berüchtigt dafür, daß sie die Inhaftierten mit Medikamenten ruhigstellt, ohne ihnen wirklich zu helfen. Es scheint klar, daß er viel Unterstützung von außen braucht.

JedeR der Gefangenen freut sich über viel Post!

Ihre Anschriften:

1. Umschlag:
Staatsanwaltschaft Berlin
z. Hd. StA Nielsen
Az.: 1 Kap Js 679/92
Turmstr. 91, 10548 Berlin

2. Umschlag (in den 1. Umschlag):

* Abidin Eraslan, BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin
* Mehmet Ramme, BuchNr.: 5436/3 UHA Moabit, Adresse wie oben
* Fatma Balamir, BuchNr.: 950/93/8, Jva Frauen, Friedrich-Olbricht-Damm 17, 13627 Berlin
* Erkan Sönmez, BuchNr.: 121493-2, JVA Tegel, Psychiatrisch-Neurologische Abteilung, Seidelstr. 39, 13507 Berlin
* Bahrettin Yoldas, Jugendstrafanstalt Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm 40, 13627 Berlin

Info's aus Herzschläge 1 u. 2 und Interim 274

Brief aus dem Exil

Als einer derjeniger, die wegen des sogenannten Kaindl-mordes gesucht werden, möchte ich mich aus meinem gegenwärtigen Exil an Euch wenden. Da mein Name bis jetzt noch nicht veröffentlicht ist , bitte ich Euch mir nachzusehen, daß dieser Brief nicht unterschrieben ist.
Nun also: Was ist passiert ? Nachdem der Staatsschutz über anderthalb Jahre mit seinen Ermittlungen nicht vorankam, fand er nun einen Jugendlichen, der bereit war, mit einer Aussage sich und dreizehn Andere zu belasten. Damit hat der Staatsschutz die Möglichkeit über einen Kronzeugen gegen die Linke vorzugehen, wie er es über zehn Jahre schon nicht mehr konnte. Das Ziel ist die Zerschlagung des antifaschistischen Widerstandes.
Schon seit Jahren sprechen Geheimdienstkreise in diesem Land von der großen Gefahr, die von der antifaschistischen Bewegung für diesen Staat ausgeht. Ein Höhepunkt der staatlichen Kampagne gegen die Hetze im Anschluß an den Heuschlerauftritt von Kohl, Weiszäcker und Konsorten am 8. November vor einem Jahr bei der tausende antifaschistische Menschen die Verlogenheit der Herrschenden vor den Augen der Welt bloßstellten. Sofort forderten sie für Pfiffe und Eierwürfe Haftstrafen, wie sie für die faschistischen Schläger und Mörder bis dahin noch von keiner staatlichen Stelle gefordert wurden.
Deutlich wurde damals eine Bedrohung für diesen Staat durch die antifaschistische Bewegung, die sich auch leicht daran erkennen läßt, daß als einziges zu Antifa-demos schnell Tausende mobilisiert werden können, wohingegen es in anderen politischen Bereichen schwierig geworden ist, eine relativ bemerkbare Demo hinzukriegen. Das vor allem Jugendliche, oft 14-jährige aus den Schulen zu Antifa-demos kommen, betrachten die Herrschenden nur mit noch größerer Sorge.



Diese Bedrohung versuchen sie mit einer Gegenkapagne "Herr" zu werden. Diese jahrelange Kampagne ließe sich in einer endlosen Liste aufzeigen, aber dafür ist hier nicht der Platz, der bis jetzt letzte Baustein in dieser Kampagne ist der Angriff auf die kurdisch/türkische Gruppe ANTIFASIST 'GENCLIK, die es als einzige politische Gruppe in den letzten Jahren schaffte, an die 1000 Jugendliche zu Veranstaltungen zu mobilisieren. Nach dem Tod Kaindls im China Restaurant war für den Staatsschutz sofort klar, daß die "Täter" nur in dieser Gruppe zu suchen sind. Beabsichtigt und jetzt versucht, wird die Zerschlagung einer Gruppe, die sich um ausländische Jugendliche bemüht. Jugendliche, zu mal Ausländischen wird in dieser Gesellschaft keine Perspektive geboten. Das einzige, was diese Gesellschaft ihnen bietet, sind alltägliche Erniedrigungen, die vom Staat noch gefördert werden. Die Logik des Staates ist zwingend :" Eine Gruppe, die in diesem Sumpf von Erniedrigung und Terror den Jugendlichen die Perspektive bietet, Menschen sein zu können und die Hintermänner für die alltäglichen rassistischen Verbrechen aus ihrem Dunkeln zieht, diese Gruppe ist hochgradig staatsgefährdend und muß zerschlagen werden.
Einzig aus diesem Grund kam der Staatsschutz bis jetzt nie in den Sinn, woanders die Verantwortlichen zu suchen, als bei ANTIFASIST 'GENCLIK. Wie wichtig ihnen die Zerschlagung dieser Gruppe ist, zeigt die Tatsache, daß sämtliche persönliche Daten von , Menschen im Umkreis von ANTIFASIST 'GENCLIK an die Faschisten weiter gegeben worden sind. Mit dem Ziel, daß ANTIFASIST 'GENCLIK, wenn nicht juristisch, so doch durch "Liquidation" Einzelner zerschlagen werden kann. Diese Tatsache trägt schon Merkmale von Todesschwadronen, wie wir sie aus El Savador, aber auch aus dem Norden Irlands kennen. Hier zeigt sich die extremste Form der Zusammenarbeit von Staat und Faschisten.
Doch selbst dieser Schritt half ihnen nicht ANTIFASIST 'GENCLIK zu zerschlagen. Der neue, der dritte Versuch läuft jetzt über den Aufbau eines Kronzeugen. Es ist dabei egal, was die Ermittlungen bis hierher ans Licht gebracht hatten. Der Widerspruch der jetzigen Konstruktion zu den Aussagen der ZeugInnen, von der Anzahl der Beteiligten über deren Nationalität, ,bis hin, daß jetzt auf einmal auch Frauen beschuldigt werden, soll bedeutungslos werden, angesichts der Aussage eines Kronzeugen.
Daß bei dem Versuch der Zerschlagung ANTIFASIST 'GENCLIKS auch Deutsche ins staatliche Verfolgungsvisier geraten, liegt in dem Bemühen im Umkreis von ANTIFASIST 'GENCLIK die Solidarität zu blockieren. Frei nach dem Motto:" Je mehr Verfolgte, je breiter die Repression, desto größer der Druck und umso schwächer die Solidarität". Dabei haben sie sich die zu verfolgenden Menschen gut ausgesucht, gehören doch alle Verfolgten zu einem Spektrum, mit dem etliche aus der autonomen Szene ihre Schwierigkeiten haben. Dies gilt für alle, für die deutschen wie für die ausländischen verfolgten AntifaschistInnen.
Bevor der Staatsschutz zuschlug, wußte er genau um die Streitigkeiten unter uns und konnte auf eine schwächere Solidarisierung hoffen. Ich meine damit die Vorfälle von Hoyerswerda, von dem diesjährigen 1.Mai, aber auch weiter zurückliegende Streits wie im Anschluß an die Antifa-demo bei Schultheiß in der Hasenheide oder die Keizdemo 89. Wir haben hier alle Auseinandersetzungen geführt, die weit über einer Diskussion um unterschiedliche Vorstellungen und Herangehensweisen hinausgingen und eher mit Grabenkämpfen verglichen werden können. Diese Grabenkämpfe schaden uns aber. Sie führen zur Zerfleischung mit dem Resultat, daß sich viele Außenstehende angewidert von uns allen abwenden.
Solch ein Zustand, ist ein willkommener Nährboden für den Staatsschutz, mindestens eine der beteiligten Gruppen zu zerschlagen. Ich hoffe, daß wenigstens jetzt die Grabenkämpfe beigelegt werden und rufe Euch auf, eine offene und ehrliche Diskussion zu führen bei der die Akzeptanz einer unterschiedlichen Sichtweise immer spürbar ist. Laßt uns streiten, aber nicht bekämpfen ! Die Linke ist seit Jahrhunderten immer mit den Idealen von Wärme, von Nähe, von Zuhören und Solidarität angetreten. Das Resultat ist schmerzlich, immer weniger Menschen auf unseren Demos und jetzt die Repression des Staates. Egal aber wie unterschiedlich wir sind, wir stehen alle auf der selben Seite der Barrikade und gegenüber erhebt sich langsam, aber dafür sicher die Fratze des" IV. Reiches".
Die Linke in Deutschland muß höllisch aufpassen in diesen Zeiten, wenn sie nicht untergehen will. Die unterschiedlichen Ansätze, sei es von einigen an der Oberbaumbrücke oder Olympia-Flop, sei es bei der PDS in Bischofferode oder bei der MLPD im Ruhrgebiet, im antifaschistischen Widerstand genauso wie im Antipatriarchalem müssen nicht in Feindschaft gegenüber stehen. Die Anti-Olympia-kampagne hat auch 89 gezeigt, daß breite Bündnisse möglich und erfolgreich sind.
Ein wichtiges Terrain für solche Bündnisse wird der antifaschistische Widerstand sein. Nutzt die Solidaritätskampagne für uns als einen Schritt hin zu solch einem Bündnis!
In nächster Zeit wird sich die Lage in diesem Land noch weiter verschärfen. Die wirtschaftliche Krise wird mit ihrer sozialen Katastrophe in absehbarer Zeit nicht überwunden werden. Der einzige Ausweg für diesen Staat liegt in einer Militarisierung der Gesellschaft, einher gehend mit Krieg, Nationalismus und Männlichkeitswahn. Das Säbelrasseln hat erst begonnen, die 60 Toten des faschistischen Terrors in den vier Jahren seit dem Fall der Mauer, sind erst der Anfang. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, muß die Linke sich zusammenschließen, sonst "wird der Tod des Orpheus wiederholt", nicht "im großen Stadion", auch nicht in Ausschwitz, sondern auf der Straße und in den Hochsicherheitstrakten.
Laßt es dazu nicht kommen ! Schließt Euch zusammen !

Für eine solidarische, antifaschistische Linke !
Unterstützt uns, die verfolgten Antifas und laßt die Gefangenen Fatma, Mehmet und Abadin nicht allein. Deren Leben ist in Gefahr !
Die Faschisten haben schon angekündigt, auch im Knast ihren Terror zu verbreiten !
Fatma, Mahmet, Abadin seid herzlich gegrüßt und umarmt, haltet durch ! Und besondere Grüße an meine Familie, bei jedem Tunnel ist am Ende wieder Licht. Ich küsse Euch.

Hoch die Internationale Solidarität !!!!!!

No Pasaran Sie kommen nicht durch !!!!!!!

(Brief aus der interim Nr. 265)



Gitterklänge

Dutzende von Menschen trommeln mit Büchsen und Steinen rhytmisch gegen den abweisend hohen Metallzaun, der das Areal wie ein Burggraben umgibt. Aus dem Inneren der "Burg" antwortet es mit denselben Rhytmen, geschlagen gegen Zellengitter.
31. Dezember, 23.45 Uhr, Haftanstalt Moabit. Etwa 100 Menschen haben sich hier schon versammelt, eine Demonstration wird noch erwartet. 250-300 Menschen sind von einem besetzten Haus aus losgegangen, haben sich dann verabredungsgemäß in zwei verschiedene Richtungen gewandt. Der kleinere Teil macht sich auf den Weg zur Frauenhaftanstalt Plötzensee, um dort mit und für die Gefangenen Silvester zu "feiern". Der Rest, so an die 200 Leute, trifft Punkt zwölf in Moabit ein. Die Sprechchöre von draussen und die Zurufe von drinnen gehen in Feuerwerk und Böllerschüssen fast unter. Eine ausgelassene Stimmung wie schon seit Jahren nicht mehr zu diesem traditionellen Anlaß.
Die behelmten UnSicherheitskräfte sind spärlich vertreten und beschränken sich auf den Schutz des Metallzaunes vor unerlaubten Klängen.
Erfreulich vor allem die breite Beteiligung aus den Zellen des Baus heraus. Papiere und Stoffe fliegen brennend aus den Zellenfenstern und jede Rakete, die über die Mauer geht, wird lautstark empfangen. Nach einer guten halben Stunde und "Wir kommen wieder"-Sprechchören zerstreuen sich "die draussen" langsam. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Am 20.4.(Hitler-Geburtstag und Länderspieltermin) soll in Berlin eine von ImmigrantInnen organisierte Demo gegen die weitere Kriminalisierung von ImmigrantInnen(ins besondere "ANTIFASIST GENCLIK) und AntifaschistInnen laufen. Achtet auf Flugblätter und Plakate!!!

2,- Dm





Redaktion des Antifaschistichen Plenums Saar



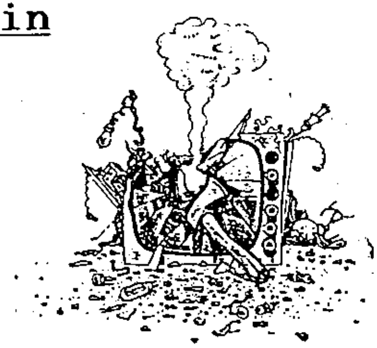
erscheint monatlich

AntiFa Nachrichten
Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

Abo kostet für 6 Ausgaben 18,-DM (incl.Porto) zu bestellen bei:

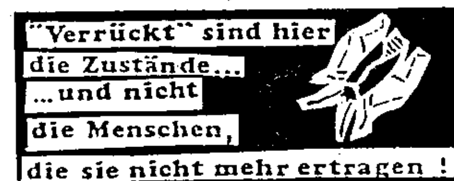
Repression gegen Antifas

Juristisches Nachspiel einer Straßenblockade in Kaiserslautern



Zur Vorgeschichte

Am 5 Juni 93 blockierten wir, ca. 25 AntifaschistInnen aus Kl.,eine Straßenkreuzung. Wir wollten auf die faschistischen Morde in Solingen vom vorhergehenden Wochenende aufmerksam machen und die BürgerInnen einige Minuten aus ihrem Alltagstrott reißen *und* zum Nachdenken über die bis dahin geschehenen faschistischen Anschläge bewegen.
Wir sahen uns von Anfang an direkten verbalen und gewalttätigen Angriffen seitens einiger AutofahrerInnen sowie einer Horde AktivbürgerInnen ausgesetzt. Ein Autofahrer durchbrach die Blockade und steuerte sein Fahrzeug gezielt auf einige BlockadeteilnehmerInnen und nahm somit deren mögliche Verletzung in Kauf. Ein Blockadeteilnehmer konnte sich nur durch einen Sprung zur Seite retten. Unter Mithilfe einiger AktivbürgerInnen versuchte der Autofahrer diesen Blockadeteilnehmer dingfest zu machen, da seiner Meinung nach das Auto bei dieser Aktion beschädigt worden war.Der Blockadeteilnehmer wurde durch die gerade eintreffende uniformierte Polizei, nach einer kurzen Verfolgungsjagd, unter Mithilfe des Bürgermobs, festgenommen. In dieser Situation brachen wir die Blockade, um einer weiteren Eskalation aus dem Weg zu gehen, ab.



Als nun zwei Menschen von uns die anwesenden Polizisten nach dem Einsatzleiter und dem weiteren Verbleiben des Festgenommenen fragten, lauteten die Antworten : "Keine Ahnung, weiß ich doch nicht, das geht euch nichts an .... Einer der Fragenden sah sich durch das Verhalten der Beamten an ein Kasperletheater erinnert. Als er dies äußerte wurde er direkt unter massiver Gewaltanwendung von 3-4 Beamten auf die Motorhaube das nächste Polizeiauto geknallt und festgenommen.
Die beiden Festgenommenen wurden nach ca. 1 h , ohne ED-behandlung und weiteren Verhören, wieder freigelassen.

Beamte in Zivil des Staatsschutzes beobachtete die Aktion von Anfang an. Einige Wochen später wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und 5 Menschen zum Staatsanwalt geladen. Für uns scheint es ziemlich sicher zu sein, daß der Staatsschutz seine Finger mit im Spiel hatte, da gegen 2 Leute Ermittlungen geführt wurden, die an der Blockade gar nicht teilgenommen hatten bzw. gar nicht anwesend waren. Gegen diese beiden Menschen mußte das Verfahren, auf Grund der Sachlage, bereits eingestellt werden.
In der örtlichen Presse (RheinPfalz) wurde eine öffentliche Vorverurteilung vorbereitet, so z.B. in dem Artikel 7.6.93 (2 Tage nach der Blockade) mit der Überschrift "Randale in der Innenstadt". Dieser enthielt, außer dem abgeschriebenen Polizeibericht, noch weitere Unwahrheiten, sowie die übliche Hetze von "vermummten, schwarz gekleideten , zugereisten, linksradikalen Gewalttätern...".

Zivilrechtliches Zwischenspiel

Einer der damals verhafteten Antifa's hatte ein Zivilverfahren, wegen Sachbeschädigung angehängt bekommen. Der Autofahrer der die Blokkade durchbrochen hatte verlangte von ihm die Reparaturkosten für sein angeblich beschädigtes Auto.
Vom Gericht wurde der Antifa zu 1300,- DM Schadensersatz verurteilt, dazu kommen noch die Anwaltskosten. Diese Summe dürfte, die bis jetzt die unangenehmste Folge der Blockade sein.

Vorläufiges Nachspiel

Am 18.1.94 wurden den 3 übriggebliebenen Antifa's die Anklageschrift zugestellt. Neben dem gemeinsamen Vorwurf "andere rechtswidrig mit Gewalt zu einem Unterlassen genötigt zu haben" (Nötigung) beinhaltet die Anklageschrift noch weitere Anklagepunkte gegen die einzelnen Personen. Wie da wären: Sachbeschädigung; Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und fahrlässige Körperverletzung; Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Beleidigung derselben .
Diese Anklagepunkte und der hohe Aufwand bei dem Ermittlungsverfahrens (22 benannte Zeugen), sowie die Vorverurteilung durch die lokale Presse, weisen den Weg den die Ermittlungsbehörden hier gehen wollen. Es geht ihnen darum, den antifaschistischen Widerstand in dieser Stadt und in diesem Staat zu kriminalisieren und somit handlungsunfähig zu machen. Einher geht dies mit einer bewußten Herunterspielung faschistischer Gewalttaten in der "Ausländeroase Kaiserslautern". Insoweit ist es auch nicht verwunderlich, daß am selben Tag der Blockade Hooligans mit den Schlachtrufen "Solingen,Solingen, wir kriegen euch alle, Deutschland den Deutschen...." unbehelligt von dem Polizeiapparat, durch die Innenstadt zum Stadion ziehen konnten, denn der war ja gerade wieder in der üblichen Art und Weise mit Antifa's beschäftigt.

Stand ende Januar 94, noch kein Prozeßtermin bekannt.

Spenden für die Prozeßkosten
könnt ihr auf das Prozeßkonto:
Nr. 100845630
Stichwort: Blockade
Blz 54052626
KSK Kaiserslautern
überweisen.

Prozeßgruppe "Blockade"

Deutschlandtag auf Saarländisch : Teil 2

aus dem ND vom 22.2.94

Erstes Verfahren wegen Protesten gegen die Einheitsfeier in Saarbrücken wurde eingestellt

Meinungsäußerung ist nicht „grob ungehörig"

Mit einer Einstellung endete vor dem Saarbrücker Amtsgericht das erste Verfahren im Zusammenhang mit Protestaktionen anläßlich des „Tages der deutschen Einheit" am 3. Oktober 1993 in Saarbrücken. Angeklagt war ein 17jähriger Schüler, der sich geweigert hatte, das gegen ihn verhängte Bußgeld zu bezahlen.

„Sie nahmen eine grob ungehörige Handlung vor, die geeignet war, die Allgemeinheit zu belästigen", lautete der zentrale Vorwurf in der Anklageschrift, die er gemeinsam mit weiteren 44 Verhafteten erhalten hatte. Neben dem Bußgeld sollten die Verhafteten noch eine Gebühr von 40 DM für die „Ingewahrsamnahme" bezahlen. Im Grunde genommen könnte man mit einer solchen Begründung Glockenläuten, Volksfeste jedweder Art und sämtliche Spiele der Fußball-Bundesliga verbieten, kommentierte einer der Angeschriebenen. Allein die Formulierung „ungehörige Handlung, die geeignet war" kann auch als Eingeständnis der Staatsseite gewertet werden, daß gar nichts passiert ist. Wörtlich genommen lautet die Anklage auf schlechte Tischmanieren.

Während in der Innenstadt Saarbrückens am 3. Oktober die offiziellen Feierlichkeiten liefen, bekundeten mehrere hundert Menschen ihren Protest gegen den Staatsfeiertag. Für sie gab es laut eigenen Angaben vor dem Hintergrund der Verschärfung des Asylrechtes, dem Sozialabbau und dem Einsatz der Bundeswehr in Somalia nichts zu feiern. Zeitgleich mit einer Rede von Bundesaußenminister Kinkel wurden rund 50 Demonstranten in einer nahegelegenen Straße für mehrere Stunden von der Polizei eingekesselt und später verhaftet. Trillerpfeifen, Parolen und Transparente waren die gefährlichen Waffen ihrer Störaktionen. So verwundert es nicht, daß selbst ein als Zeuge geladener Polizeibeamter dem angeklagten Schüler keine konkrete Straftat zuschreiben konnte.

Das Gericht sah denn auch die Teilnahme des Angeklagten an den Protestaktionen durch den Grundsatz der Meinungsfreiheit abgedeckt und bezeichnete nach Angaben der Verteidigung das Verhalten der Polizei als überzogen. Das Verfahren selber fand zum Ärger der Prozeßbesucher wegen der Minderjährigkeit des Angeklagten unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Interessant und amüsant zugleich, daß sich die Polizei am Tag der Ereignisse auch von einer ganz anderen Seite in Szene zu setzen versuchte. „Doch mach die Augen nicht zu, sonst herrscht Finsternis, zünde ein Licht an und alle werden sehen: Wir sind unschlagbar, wenn wir zusammenstehn", hieß es in einem eigens für die saarländische Polizei zu diesem Staatsakt geschriebenen Schlager.

Ob die Einstellung des ersten Verfahrens auch ein Eingeständnis der Haltlosigkeit der Polizeiaktion ist oder lediglich eine väterlich-großzügige Geste des Richters an den minderjährigen Angeklagten, wird sich in den weiteren Verfahren zeigen. „Gute Freunde kennen keine Grenzen, wenn sie auch oft verschiedene Wege gehn", heißt es allen Ernstes in dem Refrain des Polizeiliedes zum 3. Oktober. „Wir sitzen alle zusammen in einem Boot, ob aus'em Osten oder Westen ist doch gleich, wir fallen nicht um beim kleinsten Gegenwind", meint der Polizeichor zu den aktuellen Entwicklungen. Humor und Fröhlichkeit sind in diesem Land eine Sache für sich. Wenn es nicht so gut läuft, singt man eben gemeinsam mit der Polizei ein Lied.

ROLAND RÖDER



„Junger Mann, Sie haben Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet!" – „Nee, ick nich, aber Jott sei Dank mein Kopp!"





LOB DES REVOLUTIONÄRS

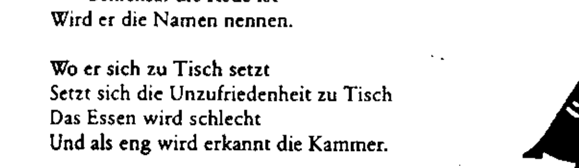
Wenn die Unterdrückung zunimmt
Werden viele entmutigt
Aber sein Mut wächst.
Er organisiert seinen Kampf
Um den Lohngroschen, um das Teewasser
Und um die Macht im Staat.
Er fragt das Eigentum:
Woher kommst du?
Er fragt die Ansichten:
Wem nützt ihr?

Wo immer geschwiegen wird
Dort wird er sprechen
Und wo Unterdrückung herrscht und von
Schicksal die Rede ist
Wird er die Namen nennen.

Wo er sich zu Tisch setzt
Setzt sich die Unzufriedenheit zu Tisch
Das Essen wird schlecht
Und als eng wird erkannt die Kammer.

Wohin sie ihn jagen, dorthin
Geht der Aufruhr, und wo er verjagt ist
Bleibt die Unruhe doch.

B. Brecht





Den nationalen Konsens kippen

Schluß mit der Kriminalisierung von AntifaschistInnen!!!

Vom 21.4.94 bis voraussichtlich 30.4. soll in Kaiserslautern eine ANTIFASCHISTISCHE WOCHE stattfinden. Diese Woche wird unter dem Motto "Repression und Widerstand" laufen. Fest steht, daß es eine Demo in dieser Woche geben wird. Geplant sind Infotische in der Stadt, sowie Veranstaltungen zu: Frauen im Widerstand mit Gerda Szepanski, Kriminalisierung von Antifa's hier und den Verhaftungen von ImmigrantInnen in Berlin; außerdem eine Veranstaltung mit Emil Carlebach.

Demoaufruf der Antifaschistischen Jugend, K-Butt Redaktion und K.O.K. Roaches

1994 ist in Deutschland das Jahr der Wahlen. Es stehen 2 zentrale Wahlen an; die Europa- und die Bundestagswahlen, in einigen Bundesländern sind außerdem noch Landtags- und/oder Kommunalwahlen (so auch in Rheinlandpfalz). Schon jetzt ist klar, daß wir einen permanenten Wahlkampf erleben werden. Eine Propagandaschlacht als Dauerzustand, in der sich von rechtsaußen bis zu den etablierten Parteien alle darum schlagen werden, rassistische und nationalautoritäre Staatspolitik zu propagieren. Mit Themen wie das sogenannte "Ausländerproblem", Arbeitslosigkeit und innere Sicherheit wird nach Law and Order geschrieen und den Leuten, die eh nichts oder wenig haben, einghämmert, daß sie den Gürtel noch enger schnallen sollen.
Begriffe wie "Asylantenflut, Überfremdung und Übervölkerung" werden an der Tagesordnung stehen. Im scheindemokratischen Dialog werden die "Probleme" gewälzt, deren Sinn nicht die Suche nach Antworten ist, sondern in der dauernden Widerholung selbst liegt. Es geht nicht darum, eine Lösung für die Ursachen zu finden, warum so viele Menschen auf der Flucht sind. Was einleuchtend ist, denn da wären die Gründe für Fluchtursachen bei Deutschland und anderen Industriestaaten und deren neokolonialistischen Wirtschafts- und Außenpolitik zu finden. Um diese (alte) neue Weltordnung zu schützen und auszubauen, wird wieder an die Volksgemeinschaft apelliert. Alte Werte wie "Heimattreue und Patriotismus" werden von PolitikerInnen gepriesen und der Rassismus in der Bevölkerung geschürt, um damit Polik zu machen. (Wie bei der faktischen Abschaffung des Asylrecht im Frühjahr 1993.) Die Menschen sollen wieder zum Wohle der Nation Verzicht üben. Gleichzeitig wird eine Hackordnung installiert, die immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft drückt. Das geht einher mit Endscheidungen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen durch den §218, die Festlegung von Zwangsarbeit von SozialhilfeempfängerInnen, der Bioetnischendebatte und dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dies alles läuft auf einen "Nationalen Konsens" hinaus, in den nur noch die passen, die wirtschaftlich verwertbar sind. Alle Anderen, die nicht in diesen Konsens passen, also alle Nichtdeutschen, Schwule, Lesben, Behinderte, Obdachlose und alte Menschen bekommen es als erste zu spüren. Die Lebensbedingungen verschärfen sich zusehens durch den Abbau von Sozialleistungen (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Bafög...) und Grundrechten. Angeblich ist das notwendig, um die Wirtschaftsflaute zu überstehen. Profitieren werden auf alle Fälle die Rüstungsindustrie, Bankiers und andere Großverdiener.

Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher, diese Kluft wird von den Verantwortlichen dieser Entwicklung als große Gefahr für die Sicherheit und die (Welt-)Ordnung gesehen. "Die Armen bekämpfen und nicht die Armut", ist ihr Motto. Zu spüren bekommen das vor allem Menschen, die aufstehen und Widerstand gegen diese Bedingungen leisten. Es ist nichts neues, daß PolitikerInnen und Medien, wenn sie "Kampf dem Extremismus" sagen, vor allem den Kampf gegen Links meinen. Das läuft unter dem Stichwort Terrorismusbekämpfung. So denkt zum z.B. der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Schäuble über einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im Innern gegen illegale Einwanderer und bei Demonstrationen ("Heimatfront") laut nach. Allein das darüber öffentlich diskutiert wird, setzt den Rahmen, wobei alles andere was "darunter" liegt so gut wie durchgesetzt ist. Eine neue Verschärfung der Gesetze der inneren Sicherheit :großer Lauschangriff, Überwachung und Verbot von Oppositionellen und ausländischen Gruppen (Verbot von 35 kurdischen Vereinen und Organisationen), Erweiterung des Landfriedensbruchparagraphen 125, usw.

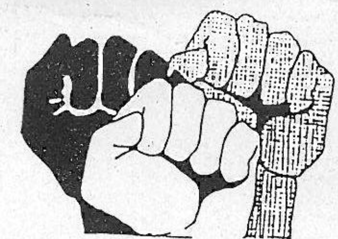
Kriminalisierung von AntifaschistInnen

Seit der faschistischen Mobilisierung 1991, die auch die Sammlung von Daten und Anschläge auf pol. Gegner (Anti-Antifa) beinhaltet, gibt es verstärkt Ansätze von antifaschistischem Selbstschutz und Organisierung. Der Staat reagierte auf diesen Widerstand, der über bloße Lippenbekenntnisse und Lichterketten hinaus ging, mit einer Repressionswelle und Kriminalisierungsversuchen.
Dazu nur zwei Beispiele von den vielen Verfahren und Prozessen, die zur Zeit gegen AntifaschistInnen am laufen sind. Seit November 93 sitzen Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan und Bahretin in Berlin in Untersuchungshaft. Ihnen wird vorgeworfen, an der Ermordung des Faschisten Gerhard Kaindel (Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat) beteiligt gewesen zu sein. Die "Beweise" sind die Aussagen von einem der Angeklagten, der die anderen belastet. Es spricht einiges dafür, daß diese Aussagen unter psychischen Druck und Schlägen erzwungen wurden. Eine zwanzigköpfige Sonderkommission des Berliner Staatsschutzes führt die Ermitlungen. Die Sonderkommission hat sich bis jetzt noch nicht durch ihre Fähigkeit hervor gehoben, Ermitlungsergebnisse zu präsentieren, was die Anklage betrifft. Viel mehr allerdings durch die Methoden, wie sie gegen alle Verdächtigen vorgehen.
So kam es zum Beispiel bei der Verhaftung von Fatma dazu, daß ihr die Dienstpistole an den Kopf gehalten wurde, einer dazu kommenden Nachbarin wurde erklärt, daß es sich bei Fatma um eine Terroristin handelt. Den türkischen Eltern eines weiteren Gesuchten wurde erklärt, daß ihr Sohn "liquidiert" werde, falls er sich der Verhaftung widersetzen sollte. Auserdem drängt sich die Frage auf, in wie weit der Staatsschutz ein Interesse an den Anti-Antifa.Aktivitäten, der Deutschen Liga hat, da er die Namen und Adressen von verdächtigen AntifaschistInnen an sie weiter gegeben hat. So war in der Parteizeitung der DL zu lesen, daß alle Namen und Anschriften der DL bekannt seien und endete mit der Drohung "Wir kriegen euch alle!".
Ein weiterer "Beweis" für den Berliner Staatsschutz ist die Mitgliedschaft der fünf türkischen und kurdischen Angeklagten in Antifasist Genclik (heißt übersetzt Antifaschistische Jugend), einer Organisation, die in Berlin bis zu 3000 ausländische Jugendliche monbilisieren kann. Über die Mordanklage wird also gleichzeitig die Mitgliedschaft in einer "Kriminellen Vereinigung" aufgebaut. Damit sollen alle, die in Antifasist Genclik organisiert sind, kriminalisiert werden.
(Am 20.Apr.94 gibt es übrigens eine bundesweite Demo in Berlin für die Freilassung der verhafteten AntifaschistInnen.)

Auch in Kaiserslautern gibt es Bemühungen von Polizei und Justiz antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren. Zur Zeit läuft ein Strafverfahren gegen 3 Antifaschisten, die am 5.Juli 93 mit ca. 25 anderen Menschen eine Kreuzung in der Innenstadt blockierten. Sie wollten damit auf die faschistischen Morde vom vorher gehenden Wochenende in Solingen aufmerksam machen und die anwesenden BürgerInnen einige Minuten aus ihrem Alltagstrott reißen und zum Nachdenken bewegen. Dazu ein Auszug aus einem Flugblatt der Prozeßgruppe:" Wir sahen uns von Anfang an direkten verbalen und gewaltätigen Angriffen seitens einiger AutofahrerInnen sowie einer Horde von AktivbürgerInnen ausgesetzt.... ein Autofahrer durchbrach die Blockade und steuerte sein Auto gezielt auf einige BlockadeteilnehmerInnen und nahm somit ihre mögliche Verletzung in Kauf". Die Aktion wurde von Anfang an von Beamten in Zivil des Staatschutzes (Abt. Terrorismus) beobachtet. Nach der Selbstauflösung der Blockade wurden zwei Anitfa's von der Polizei verhaftet.

Im Januar 94 wurden drei Blockadeteilnehmern Anklageschriften zugestellt. Neben dem gemeinsammen Vorwurf der Nötigung beinhaltet die Anklage noch weitere Punkte gegen die einzelnen Personen: Sachbeschädigung; Widerstand gegen Vollstreckungsbeamten und fahrlässige Körperverletzung; Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung derselben. Zitat Flugblatt der Prozeßgruppe:"Diese Anklagepunkte und der hohe Aufwand des Ermittlungsverfahrens (22 benannte Zeugen),sowie die Vorverurteilung durch die lokale Presse, weisen den Weg, den die Ermittlungsbehörden hier gehen wollen. Es geht ihnen darum, den antifaschistischen Widerstand in dieser Stadt und in diesem Staat zu kriminalisieren und handlungsunfähig zu machen".

Schon allein die Tatsache, daß ein Verfahren am Laufen ist, bedeutet für die Betroffenen, daß sie viel Zeit und Energie investieren müssen (einmal abgesehen von den Kosten für Anwälte). Damit haben Polizei und Justiz schon einen Teil ihrer Strategie erreicht.
Es liegt an uns allen, ihnen einen Strich durch die Rechnung zu machen.



Solidarisiert euch !
Schafft Öffentlichkeit !

Schluß mit den Ermittlungen gegen AntifaschistInnen !

Freiheit für Fatma,Mehmet,Abidin,Erkan und Bahretin !

